

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Uwe Halbach / Friedemann Müller

Persischer Golf, Kaspisches Meer und Kaukasus

Entsteht eine Region strategischen
europäischen Interesses?

S 1
Februar 2001
Berlin

**Nachweis in öffentlich
zugänglichen Datenbanken
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in
Auszügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
der SWP gestattet.

Copyright © 2001

Stiftung Wissenschaft und
Politik

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung
und Realisierung
Buchendorf

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Inhalt

Problemstellung und Empfehlungen 5

Einleitung 7

Konfliktkonstellationen im Kaukasus 9

Uwe Halbach

Hindernisse für Friedenspolitik im Kaukasus 11

Der Kaukasus als Konfliktregion und Kriegsschauplatz 13

Regionale Konfliktverflechtung 13

Verdichtung von Regionalkonflikten 15

Eingefrorene Konflikte 15

Ethnizität als Konflikthintergrund 16

Territorialität als Konfliktkomponente:

Das Verhältnis von Ethnos und Territorium 18

Zusammenstoß völkerrechtlicher Prinzipien 19

Ein Schlachtfeld für Zivilisationskriege? 21

Europäischer Strategiebedarf unter veränderten Bedingungen der Energieversorgung 23

Friedemann Müller

Das Gewicht des Mittleren Ostens bei der Weltenergieversorgung 23

Der Weltölmarkt 23

Der Welterdgasmarkt 25

Potential und Entwicklung des kaspischen Raumes 28

Das Energiepotential 28

Das Entwicklungsproblem 30

Europäische Interessen 35

Abkürzungen 36

**Persischer Golf, Kaspisches Meer und Kaukasus
Entsteht eine Region strategischen europäischen
Interesses?**

Ein Vierteljahrhundert nach der ersten Ölkrise sind die Probleme des Ölpreises, der Versorgungssicherheit und der OPEC-Macht ins kollektive Bewußtsein zurückgekehrt. Der zyklische Verlauf des Verhältnisses zwischen Produzenten- und Konsumentenländern über 25 Jahre mündete in die Rückgewinnung der Kartellmacht der OPEC.

Auf dem Territorium der OPEC-Staaten liegen 77% der Weltölreserven, 64% sind allein in der Region des Persischen Golfs konzentriert. Die nach der Ölkrise von 1973/74 erschlossenen Reserven in westlichen Industrieländern (Alaska, Nordsee) gehen zur Neige und finden jedenfalls im konventionellen und in den nächsten zehn Jahren erschließbaren Bereich keine Nachfolge. Anders als in den 70er Jahren stellen sich die Wirtschaftsgeographie und die geopolitischen Optionen in der Umgebung des Golfs dar. Die Auflösung der Sowjetunion hat nördlich an die Golfregion angrenzend mit den neuen Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres und dem südlichen Kaukasus einen Raum hinterlassen, der seit zehn Jahren um seine Staatenbildung und politische Orientierung ringt. Die umgebenden mittleren Mächte wie die Türkei und Iran, aber auch die Weltmacht USA und die in den vorausgegangenen 150 Jahren dominante Macht Rußland, ja selbst China haben großes Interesse an dieser Region gewonnen und durch teilweise massive Interventionen demonstriert. Der wichtigste Grund liegt darin, daß im Kaspischen Becken beträchtliche Mengen Erdöl und Erdgas gefunden wurden und noch größere Mengen vermutet werden. Diese Ressourcen sind zwar quantitativ denen des Golfs nicht vergleichbar, doch groß genug, um für die Versorgung zum Beispiel Europas relevant zu sein.

Die Region des Kaukasus, genauer gesagt die Ost-West-Verkehrswege nördlich und südlich des Gebirgszugs, stellen die Verbindungslinie zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer, und damit den Zugang zu den Weltmeeren dar. Diese Region ist von einer ganz außergewöhnlichen ethnischen Vielfalt, die sich durch koloniale Eroberung und Neuordnung im 18. und 19. Jahrhundert, vor allem aber durch die stalinistische Deportationspolitik während des Zweiten Weltkriegs und unklare Grenzziehungen als Kom-

plex ethnoterritorialer Konflikte artikuliert. Abchasien, Südossetien, Karabach stehen hier für eine Fülle weiterer Konflikte, die insbesondere auch in Dagestan, dem Ausgangspunkt des zweiten Tschetschenienkrieges und zugleich einem strategisch wichtigen Territorium als Transitregion, seit Ende der 80er Jahre ausgebrochen sind. Wurde die Nordkaukasus-Route durch die Tschetschenienkriege weitgehend lahmgelegt, so erweist sich die Südkaukasus-Route durch Georgien bisher als stabil. Wichtig ist jedoch das Verständnis für die Konfliktkonstellationen im Kaukasus insgesamt, zumal eine stetig wachsende Nutzung dieser Transitregion für die Versorgung Europas mit Energie und anderen Rohstoffen bei einer anhaltend unwägbaren Konfliktlage schwer vorstellbar ist.

Unwahrscheinlich ist, daß auf Dauer eine Infrastruktur geschaffen werden kann, welche Iran ausklammert. Zu viele vor allem wirtschaftliche, aber auch politische Gründe sprechen dagegen. Die wachsende Vernetzung der Golf-Region mit der kaspischen und dem Kaukasus ist im Zuge der Globalisierung sinnvoll und unvermeidlich, stärkt möglicherweise jedoch das Kartell der OPEC und weitet die Krisenregion des Mittleren Ostens aus. Die Untersuchung beschränkt sich auf zwei Schwerpunkte dieses komplexen Themas, die relevant dafür sind, ob die Region für europäische Interessen unverzichtbar ist, nämlich auf die Frage nach der Versorgungssicherheit bei Erdöl und Erdgas und zweitens auf die Konfliktkonstellationen in der wichtigen Transitregion des Kaukasus.

Europa ist seit Auflösung der Sowjetunion in ihren südlichen Nachfolgestaaten auf vielfältige Weise engagiert: Die OSZE, der Energiechartavertrag, die (potentielle) Mitgliedschaft im Europarat und die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der Europäischen Union geben den postsowjetischen Ländern des Kaukasus und der kaspischen Region eine bisher exklusive Anbindung an Europa, die den Golfstaaten nicht offen steht. Auch ist die EU der größte Geber in dieser Entwicklungsregion. Dennoch wird Europa oder die EU nicht als gewichtige Macht im Südkaukasus oder am Kaspischen Meer wahrgenommen. Öffentliche Aufmerksamkeit erfährt die Politik der Strukturbildung seitens der USA, deren Interessen anders gewichtet sind. So bemühen sich die USA zum Beispiel um eine Infrastruktur für den Erdgastransport, die für die amerikanische Versorgung, anders als für die europäische, irrelevant ist. Auch haben die USA in der Region klare geopolitische Ziele, die sich mit dem europäischen Interesse, eine wirtschaftlich wett-

bewerbsfähige Struktur aufzubauen, nicht decken. Insofern drängt sich geradezu auf, daß die Europäer ihre Interessen, so weit es geht in Abstimmung mit den USA, definieren und durch eine politische Strategie absichern. Hierzu gehören insbesondere

- eine Anbindung der kaukasischen und kaspischen Region an Europa als attraktive Alternative zu einer Vereinnahmung durch die OPEC;
- eine Einwirkung auf die Konflikte im Kaukasus, soweit möglich in Kooperation mit Rußland, mit dem Ziel, die Konflikte abzubauen, die Region wettbewerbsfähig zu machen und für verlässliche Kooperation zu entwickeln;
- die aktive Unterstützung einer Ost-West-Transportinfrastruktur insbesondere im Bereich Erdgas zur Anbindung der großen Ressourcen am kaspischen Meer einschließlich Iran an das europäische Versorgungsnetz (via Türkei);
- die Erarbeitung einer europäischen Position bezüglich der Hauptversorgungswege für Öl aus der kaspischen Region nach Europa.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ist hier nicht nur gefordert. Sie verfügt insofern auch über einen wichtigen Freiheitsgrad, als kaum nationale Interessen der EU-Mitgliedsländer im Widerspruch zueinander stehen.

Einleitung

Die Energieversorgung wird zu Recht als ein im weiteren Sinne sicherheitspolitisches Problem betrachtet. Die Stabilität einer Volkswirtschaft und die Verteidigungsfähigkeit eines Landes hängen unzweifelhaft von einer gesicherten Energieversorgung ab. In einem mehr als ein Vierteljahrhundert währenden Zyklus hat die der Energieversorgung in Europa gewidmete öffentliche Aufmerksamkeit verschiedene Stationen durchlaufen und ist in gewisser Weise zum Ausgangspunkt zurückgekehrt: Die 70er Jahre waren geprägt von der Sorge zum einen um die Endlichkeit der Ressourcen, die im Widerspruch zu dem auf Wachstum ausgerichteten westlichen Wirtschaftssystem wahrgenommen wurde, und zum zweiten um die daraus erwachsende politische Macht, insbesondere des in den 60er Jahren gegründeten und 1973 durch den Yom-Kippur-Krieg erstmals zu politischer Wirkung gelangten OPEC-Kartells. Diese Sorge löste einen Strukturwandel in den westlichen Industrieländern aus, der seinen Ausdruck in einer weitreichenden Abkoppelung des Wachstums des Energieverbrauchs von dem der Wirtschaft fand. Begünstigt durch den hohen Energiepreis, führten neue Funde zu einer Schwächung des OPEC-Kartells, das in den 80er Jahren ständig Anteile an der Weltölversorgung verlor und im Jahr 1986 seine Bemühungen aufgab, über Mengenbegrenzungen den Preis hoch zu halten.

Seit Ende der 80er Jahre hat ein ganz anderes Ressourcenproblem Einfluß auf die Energiepolitik genommen: Die Vermutung, daß die Atmosphäre nicht beliebig die bei der Verbrennung fossiler Energien emittierten Mengen Kohlendioxid absorbieren kann, ohne bedrohlichen Schaden für das Weltklima zu nehmen, hat einen internationalen Verhandlungsprozeß eingeleitet, dessen wichtigste Stationen mit der Verabschiedung der Klimarahmenkonvention (Rio, 1992) und des völkerrechtlich verbindlichen Kyoto-Protokolls (1997 unterzeichnet, bisher wegen fehlender Ratifikationen nicht in Kraft getreten) erreicht wurden. Doch gerade dieser Prozeß zeigt, daß ein weltweiter Wachstumsstopp beim Verbrauch fossiler Energie derzeit und vermutlich bis weit über das Jahr 2020 hinaus auf dem Verhandlungswege nicht erreicht werden kann. Fast das gesamte Wachstum dieses Verbrauchs in den kommenden Jahrzehnten

wird in den Entwicklungs- und Schwellenländern stattfinden, die im Kyoto-Protokoll nicht zu Mengenbegrenzungen verpflichtet werden konnten. So kann es nur eine Frage der Zeit sein, bis das fast ungebremste globale Nachfragewachstum den Anbietern ihre frühere Machtposition zurückgibt.

Gleichzeitig erweist sich, daß die in den 80er Jahren erfolgte Verschiebung des Weltölangebots von den OPEC-Staaten zu Nicht-OPEC-Staaten und darunter in beträchtlichem Maße zu OECD-Ländern nicht lange aufrechtzuerhalten war. Seit Anfang der 90er Jahre gewinnt die OPEC Marktanteile zurück, und angesichts der Funde neuer Lagerstätten, die seit 1986 überproportional den Golf-OPEC-Ländern zuzuordnen sind und in den 90er Jahren zu einem kleineren Teil im kaspischen Raum lokalisiert wurden, fokussiert sich die Weltversorgung in geradezu dramatischer Weise wieder auf den begrenzten Raum um den Persischen Golf und – um eine Größenordnung geringer – auf das kaspische Becken. Zusammen verfügen diese Nachbarregionen über zwei Drittel aller gesicherten Öl- und 40% aller Erdgasreserven, damit also über mehr als die Hälfte der gesamten Weltreserven bei Öl und Gas, den beiden wichtigsten Energieträgern. Der Weltenergieericht greift deshalb in seinem neuesten Bericht einen von Geoffrey Kemp geprägten Begriff für die Region des Golfs, des Kaspischen Meeres und der Transportlinien in der Kaukasusregion auf, nämlich den der »Strategischen Energieellipse« auf.¹

So befinden sich die westlichen Industrieländer in einer Situation, die Ähnlichkeiten mit der Phase Anfang der 70er Jahre aufweist. Der zuvor von der Nachfrageseite dominierte Weltölmarkt wird von den Anbietern bestimmt. Das OPEC-Kartell funktioniert seit März 1999 wieder. Über Mengenbegrenzungen können unilateral Preissteigerungen durchgesetzt werden, ohne daß die OPEC Marktanteile verliert. Die Versorgungssicherheit, seit Mitte der 80er Jahre von

¹ *World Energy Council*, Energie für Deutschland. Fakten, Perspektiven und Positionen im globalen Kontext, 2000, S. 27. Geoffrey Kemp und Robert E. Harkavy widmen in ihrem Buch *Strategic Geography and the Changing Middle East*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 1997, ein Kapitel dem Thema »The Strategic Energy Ellipse: The Persian Gulf and Caspian Basin« (S. 109–152).

einem funktionierenden Weltmarkt gewährleistet, ist durch die Rückkehr der Macht des Kartells in Frage gestellt. Mindestens erfordert sie neue strategische Überlegungen angesichts der veränderten Rahmenbedingungen.

Die folgende Analyse beginnt mit einer Untersuchung der komplexen Konfliktkonstellationen im Kaukasus, um sich dann den Energiepotentialen und energiepolitischen Fragen der Golfregion und der kaspischen Region zuzuwenden.

Konfliktkonstellationen im Kaukasus

Uwe Halbach

Kaukasien bildet den Westabschnitt einer größeren kaspischen Region, die als ein Förder- und Transportraum von Energierohstoffen und dementsprechend als eine Zone wirtschaftlicher, politischer und strategischer Einflußkonkurrenz internationale Prominenz erlangt hat. Dabei bildet der kaukasische Abschnitt den Transitraum für den Export kaspischer Rohstoffe auf europäische Märkte.² Doch noch deutlicher und früher hat er sich aus einem anderen Kontext hervorgehoben, nämlich als die dramatischste und komplizierteste Konfliktregion in der Peripherie der zerfallenen Sowjetunion. Die Themen »Konflikt und Instabilität« und »Rohstoffe und Pipelines« liegen hier dicht beieinander.

Folgende Aspekte nachsowjetischer Entwicklung sind im Kaukasus unheilvoll miteinander verknüpft:

1. Hier besteht die stärkste Verdichtung von Regionalkonflikten, die bei und nach dem Zerfall der Sowjetunion auftraten.
2. Die mit solchen Konflikten verbundene Gewalt und Entwicklungsbehinderungen haben Migrationen und Fluchtbewegungen ausgelöst, durch die sich die Bevölkerungskomposition in einigen Teilen der Region radikal verändert hat. Im Südkaukasus wurden von 1988 bis Mitte der 90er Jahre mehr als anderthalb Millionen Menschen zu Flüchtlingen – bei einer Gesamtbevölkerung von 15,7 Millionen 1989. Im Nordkaukasus lösten vor allem die beiden Kriege und die seit 1991 anhaltenden inneren Wirren in Tschetschenien eine Massenflucht und Emigrationswelle aus, von der weitere Hunderttau-

sende Menschen betroffen waren.³ Konfliktentwicklung und Kriegsfolgen gingen also mit demographischen Erschütterungen einher, deren Bewältigung eines der Hauptprobleme für Konfliktbearbeitung darstellt.

3. Die nicht geregelten Konflikte bilden Angriffsflächen für die Einmischung externer Mächte in die Entwicklung einer Region, auf die Vorstellungen eines neuen »Great Game« nach dem Ende des Kalten Krieges in besonderem Maße bezogen wurden. Stärker als der zentralasiatische Abschnitt der kaspischen Region wurde der Kaukasus zu einer Bühne für die Bildung konträrer außen- und sicherheitspolitischer Beziehungsgeflechte.⁴ Er trat nicht zuletzt auch als eine Region hervor, in der Rußland und die USA erneut als Konkurrenten agieren.

Bewußt außerhalb des »Great Game«-Klischees versuchen europäische Staaten und Institutionen auf Entwicklungen im Kaukasus Einfluß zu nehmen und ihre Interessen in der Region zu vertreten. Ein bedeutender Teil dieses Engagements und Interesses betrifft die geowirtschaftliche Funktion der Region für Europa und manifestiert sich in den von der EU geförderten regionsweiten Infrastrukturprogrammen wie TRACECA und INOGATE. Einen nicht minder wichtigen Aspekt europäischer Kaukasuspolitik bildet Gestaltungshilfe und Unterstützung für den in den südkaukasischen Ländern besonders schwierigen Staatsaufbau und die Heranführung der drei Länder an europäische Institutionen, haben doch alle drei – am stärksten Georgien, aber grundsätzlich auch Aserbaidschan und das strategisch stark auf Rußland ausgerichtete Armenien

² Die am stärksten unter strategischen Gesichtspunkten diskutierte Route für eine Hauptexport-Pipeline, die vom kaspischen Meer an die türkische Mittelmeerküste nach Ceyhan führen soll, verläuft über den Südkaukasus (Gesamtlänge 1730 km: davon 468 km über Aserbaidschan, 225 km über Georgien), ebenso eine »transkaukasische Trasse«, eine bereits existierende, aber reparaturbedürftige Verbindung zwischen Baku und der georgischen Schwarzmeerküste. Routen zur Schwarzmeerküste Rußlands zum Hafen Noworossijsk verlaufen über den Nordkaukasus, dabei über die besonders kritischen Territorien Dagestans und Tschetscheniens.

³ Es gibt Schätzungen, wonach sich die Bevölkerung Tschetscheniens von vormals knapp einer Million im Verlauf der 90er Jahre auf heute nur noch 200 000 Einwohner verringert hat.

⁴ Neben dem unterschiedlichen Verhältnis gegenüber Rußland – hier Armenien als Moskaus engster Verbündeter in der Region, dort Aserbaidschan und Georgien als westorientierte, Rußland gegenüber kritisch eingestellte Staaten – stoßen im Kaukasus pro- und antitürkische, pro- und antiiranische Orientierungen aufeinander. Vertreter der Region selber sprachen von einem »geopolitischen Vulkan« (G. *Kuliev*, Geopolitičeskie kollizii Kavkaza, in: Central'naja Azija i Kavkaz, [1999] 4, S. 22–28).

– ihre Hinwendung nach Europa als zivilisatorisches Bedürfnis zum Ausdruck gebracht. In jüngster Zeit widmen sich politische Institutionen und wissenschaftliche Institute Europas verstärkt der Konzeption eines regionalen Sicherheitssystems, in dem riskante geostrategische Spannungen und »Achsenbildungen« in der Region neutralisiert werden könnten. So legte das Zentrum europäischer politischer Forschung (CEPS) in Brüssel ein Konzept vor, das als Teil eines umfassenderen Arrangements für Stabilitätspolitik im Raum von Schwarzem Meer, Kaspischem Meer und Kaukasus die Bildung einer *Südkaukasischen Gemeinschaft* mit ständigen Räten der Staatsoberhäupter, Außenminister, Verteidigungsminister und anderer Ressorts vorsieht.⁵ Es steht neben Konzeptionen, die seit 1999 von regionalen Politikern wie den Präsidenten Schewardnadse, Kotscharian und Alijew, dem nordossetischen Präsidenten Dzasochow oder dem ehemaligen türkischen Präsidenten Demirel vorgestellt wurden. Anstelle eines solchen regionalen Arrangements gab es bislang eine fragwürdige Politik der Machtbalance, eine Politik der Allianzen, die kaukasische Akteure mit regionalen und außerregionalen Mächten knüpften oder zu knüpfen versuchten, um Machtverteilungen untereinander zu beeinflussen.

In allen – wirtschaftlichen, politischen und strategischen – Handlungsbereichen stoßen regionale und externe Akteure auf Hemmnisse, die den Entwicklungen im Kaukasus durch ungelöste ethnoterritoriale Konflikte auferlegt werden. Sie behindern einen Staatsaufbau nach »zivilgesellschaftlichen« Vorstellungen Europas ebenso wie die Entfaltung von Wirtschaftsreformen, unterwerfen sie doch alle politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in den südkaukasischen Staaten dem Sicherheitsaspekt.⁶ Sie verhindern eine von Wirtschaftsakteuren und Politikern gleichermaßen geforderte regionale Kooperation, von der Kaukasien weiter entfernt ist als jeder andere Teil der zer-

fallenen Sowjetunion. Schon ein flüchtiger Blick auf die aktuelle politische Landkarte der Region mit sieben Teilrepubliken der Russischen Föderation im Norden und drei unabhängigen Staaten sowie drei Sezessionsgebilden im Süden (Abchasien, Südossetien, Berg-Karabach) zeigt ihre Zerstückelung, die sich durch die Errichtung mannigfacher Blockaden und Barrikaden infolge der Konfliktentwicklungen real auswirkt. »Politische Bewegungen in der Region haben zwar eine radikale Rhetorik kaukasischer Einheit entwickelt, aber mit radikal entgegengesetzten Inhalten.«⁷

Deshalb hat Konfliktbearbeitung am Anfang aller gestaltenden Einflußnahme auf diese Region zu stehen. Die Nähe der kaukasischen Konfliktzonen zu Europa, der sich aufdrängende Vergleich mit dem Balkan, die Migrationskonsequenzen, die zwar noch nicht Westeuropa, aber die Region selber und den weiteren GUS-Raum betreffen, sorgen dafür, daß europäische Sicherheitspolitik an den Konfliktlagen im Kaukasus nicht vorbeisehen kann. Das europäische Engagement hat auf diesem Feld auch durchaus seinen Niederschlag – mit der Vermittlungstätigkeit der OSZE im ältesten kaukasischen Regionalkonflikt, dem Karabach-Konflikt, mit Beobachtungsmissionen in den Konfliktzonen Georgiens, mit Nothilfen der EU in den humanitären Krisenzonen der Region, etwa mit Hilfsprogrammen für die Rückführung von Flüchtlingen in ihre ursprünglichen Wohnorte, mit der finanziellen Unterstützung von NROs, die in diesem Bereich tätig sind, und anderen Maßnahmen. Auch das oben erwähnte Konzept für eine Südkaukasische Gemeinschaft stellt Konfliktbearbeitung in den Mittelpunkt und berücksichtigt latente, der europäischen Öffentlichkeit kaum bekannte Konfliktzonen im Südkaukasus.

Gleichzeitig ließen die kaukasischen Konfliktknäuel Europa aber auch davor zurückschrecken, in stärkerem Maße politisches Profil in der Region zu zeigen. Zudem war Europa von einem anderen, ihm geographisch noch näher liegenden Konfliktfeld absorbiert, dem Balkan. Und insgesamt hatten internationale Organisationen ihre Schwierigkeiten mit den kaukasischen Konflikten, mit ihrer unterschiedlichen völkerrechtlichen Charakterisierung (innerstaatliche und zwischenstaatliche Konflikte, unterschiedlicher Grad der Einbeziehung externer Akteure u.a.), ihrer regionalen Verflechtung, die

7 Ebd.

5 A Stability Pact for the Caucasus, a new deal for the whole region, incorporating: a South Caucasus Community, Russian/EU/US Southern Dimension cooperation, enhanced Black Sea–Caucasus–Caspian cooperation. A consultative document of the CEPS Task Force for the Caucasus. Sergiu Celac and Michael Emerson (Chairmen), Working Document No. 145, May 2000.

6 Zum Problem der »securitization of economic policies« siehe Bruno *Coppieters*, A Regional Security System for the Caucasus, <http://poli.vub.ac.be/publi/crs/eng>, 31.8.2000.

eine Konflikt-Einzelbearbeitung fragwürdig macht und an Fehler im Umgang mit Balkankonflikten gemahnt, sowie mit der Rücksichtnahme auf Hauptakteure in der Region wie Rußland und die USA.⁸ Schwierigkeiten bereitete aber auch die Annäherung an das generelle Problem »ethnischer Konflikte«. Hier stößt westliche Vorliebe für eine nicht ethnisch determinierte, sondern »zivile« Nation- und Staatsbildung auf eine Gegenwelt, in der die Entwicklungen seit dem Ende der 80er Jahre als »Explosion von Ethnizität« (russ. *vzryv étničnosti*) bezeichnet wurden.

Hindernisse für Friedenspolitik im Kaukasus

Im Zentrum der Problematik ungelöster Konflikte steht das Grundproblem des politischen Status nationaler Gebietseinheiten, die sich aus dem Hoheitsgebiet eines Staates anderer »Titularnationalität« herausgelöst haben. Den Weg zur Klärung dieser Statusfrage belasten viele Einzelprobleme. Dazu gehören ungelöste oder nur teilweise gelöste Flüchtlingsprobleme. So befinden sich rund 900 000 Vertriebene aus den von armenischen Truppen besetzten Gebieten in Flüchtlingslagern und Notunterkünften in Aserbaidschan, mehr als 350 000 aus Aserbaidschan vertriebene Armenier in Armenien, 250 000 aus Abchasien vertriebene Georgier in Tiflis und anderen Ortschaften Georgiens. In allen drei Ländern stellen die Flüchtlinge ein gewaltiges soziales Problem dar. Psychologisch symbolisieren sie die »offene Wunde«, die Gesellschaften durch interethnische Konflikte geschlagen wurde. Die Rückführung von Flüchtlingen in ihre ursprünglichen Wohnorte stellt eines der konkretesten, aber auch schwierigsten Probleme von Konfliktregelung im Kaukasus dar. Die grundlegende Kontroverse zwischen den Konfliktseiten lautet: Hat die Rückführung von Flüchtlingen einer politischen Konfliktlösung voranzugehen oder umgekehrt?

Außerdem behindern einige grundlegende, für interethnische Konflikte typische psychologische

Mechanismen das Aufkommen von Kompromißbereitschaft und damit eine elementare Voraussetzung für Konfliktregelung. Zu ihnen gehören die *Opferfalle*, die *Gewöhnungsfalle*, die *Geschichtsfalle*.⁹ Die Opferfalle schnappt zu, wenn Angehörige der jeweils eigenen ethnischen Gruppe für ein nationales Ziel, etwa die Kontrolle über ein Territorium, im Konflikt mit einer anderen ethnischen Gruppe getötet wurden und man dieses Ziel nicht aufgeben kann, ohne sich einzugestehen, daß die Opfer umsonst waren. Sehr deutlich manifestiert sich das Opfermoment zum Beispiel im Bewußtsein der Karabach-Armenier. Der Präsident der »Republik Berg-Karabach«, Arkadi Gukassian, betonte im Februar 1998: »Die Unabhängigkeit wurde Karabach nicht von internationalen Institutionen gewährt, sondern sie wurde in blutigen Schlachten erkämpft.«¹⁰ Aus dem Opfermoment schöpfen international nicht anerkannte Sezessionsgebilde Legitimität für ihren Anspruch auf Selbstschutz und Selbstbestimmung, leiten aus ihm ein Hauptargument für die Unzumutbarkeit ihrer Unterstellung unter den vormaligen Suzerän ab. Solche »securitization of ethnicity« spielt etwa auf der Konfliktseite der Armenier Berg-Karabachs eine elementare Rolle, wurde aber ebenso von der tschetschenischen Konfliktseite für die Unzumutbarkeit einer Wiedereingliederung ihrer Heimat unter rußländische Staatsgewalt geltend gemacht. Hinzu kommt, daß nationale Identität in Osteuropa, besonders auf dem Balkan und im Kaukasus, sich generell auf das Thema der politischen Unterdrückung, kulturellen Assimilation und sozialen Marginalisierung der eigenen Volksgruppe (victimization) fokussiert. Um so stärker tritt diese Ausrichtung zutage, wenn Völker wie die Armenier oder Tschetschenen ihre nationale Tragödie in Erfahrungen mit fremdnationalen Oberherrschaften erblicken, von denen sie genozide Gewalt erfahren haben.

Zu Anfang werden interethnische Konflikte meist von begrenzten Personenkreisen betrieben (ethnische Unternehmer). In der Opferfalle weiten sie sich dann zu Konflikten aus, bei denen sich letztlich ganze Volksgruppen haßerfüllt gegenüberstehen. Konfliktprävention müßte vor dem Zuschnappen dieser Falle greifen – was eine

⁸ Dazu S. Neil *Mac Farlane*, A Role for the EU in Preventing Ethnic Conflict, in: Friedemann *Müller*/Claude *Zullo* (Hg.), *The European Union and the Caucasus Region: Oil, Interests, and Influence*, unveröffentlichte Studie, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 1998 (SWP-S 427).

⁹ Zu den Begriffen siehe *Schiemann/Bächler*, in: Frankfurter Rundschau, 27.4.1995.

¹⁰ Zur Situation in Berg-Karabach Hratch *Tschilingirian*, Nagorno-Karabagh: Transition and the Elite, in: *Central Asian Survey*, 18 (1999) 4, S. 450.

theoretische Forderung bleibt. Um so anspruchsvoller wird die Konfliktnachbehandlung, wie wir sie in Teilen des Balkans derzeit erleben.

Die Gewöhnungsfalle schnappt zu, wenn kriegerische Konflikte so lange andauern, daß sich Kriegsaltag, Kriegswirtschaft und Warlord-Strukturen etablieren, Flüchtlingslager zu ständigen Einrichtungen werden, sich ganze Generationen in Konfliktlandschaften einrichten und sich ganze Schichten von Konfliktprofituren bilden, die von Waffenschieberei, Drogenhandel und anderen Formen kriegsbedingter Kriminalität leben. Die kriegerische Phase in den kaukasischen Konflikten konnte in den meisten Fällen durch Waffenstillstand überwunden werden und umfaßte zumeist noch keine Generationsspanne, so daß diese Falle noch nicht so weit zugeschnappt ist wie in anderen Regionalkonflikten der Erde. Aber es wächst in Aserbaidschan schon eine Generation von Teenagern heran, die ihr bisheriges Leben in Flüchtlingslagern zugebracht hat.

Psychologisch besonders tief greift die Geschichtsfalle: In sie tappen die Kontrahenten mit der unantastbaren Überzeugung, daß die »historische Gerechtigkeit« auf ihrer Seite ist.¹¹ In ethnoterritorialen Konflikten des Kaukasus prallen antagonistische Geschichtsbilder aufeinander, wird Geschichte zum Kampfinstrument: Da ist Abchasien für eine Seite ein integraler Bestandteil der staatlichen und territorialen Geschichte Georgiens und hat für die andere Seite ebenso unanfechtbar seine eigene Geschichte und Kultur. Im Karabach-Konflikt holen beide Seiten bis in die Antike aus: Armenische Quellen gehen in bezug auf die Bean-

spruchung des umstrittenen Gebiets für ihre nationale Geschichte bis zum altorientalischen Königreich Urartu (8.–5. Jh. v. Chr.) zurück, die Gegenseite konzentrierte sich für die Umfassung Karabachs mit aserbaidschanischer Territorialgeschichte auf ein altertümliches »albanisches« Königreich als Territorialvorläufer des heutigen Aserbaidschan. Diese Kollision nationaler Historiographien reicht in die sowjetische Periode zurück und trat nicht erst mit der »Explosion des Ethnischen« und der »Souveränitätsparade« beim Zerfall der Sowjetunion in Erscheinung. Das von Historikern gestaltete Bewußtsein, einen unverzichtbaren, weil geschichtlich legitimierten Anspruch auf bestimmte Territorien zu haben, verkapselt die Konfliktseiten in einen Autismus, aus dem sie nicht so leicht herauszuholen sind. Die Fähigkeit, sich in den Konfliktgegner zu versetzen, geht im Gezerre um »historische Argumente« verloren. Verloren geht dabei auch ein wesentlicher Grundzug kaukasischer Geschichte: daß nämlich hier der größte Teil historischer Erfahrung die von Vielvölkergemeinschaften war und kein einziger Gebietsteil bis in die tiefste Vergangenheit hinein auf *eine* Nationalität fixierbar ist.

Die Überwindung der aus solchen Mechanismen resultierenden Selbstverkapselung von Konfliktseiten bildet gewissermaßen den psychotherapeutischen Teil der externen Konfliktbearbeitung. Hier ist nicht nur die offizielle Konfliktdiplomatie von OSZE und anderen Institutionen gefordert. Hier öffnet sich ein vielschichtiges Arbeitsfeld für NROs, für sensible Entwicklungshilfe und Konfliktvermittlungstätigkeit. So leistete zum Beispiel ein Schweizer Projekt »Entwicklungshilfe« für Journalisten im Kaukasus. Neben Einschränkungen der Pressefreiheit und den äußerst beschränkten finanziellen Mitteln bilden die ungelösten Konflikte eine der Hauptbarrieren für kritischen Journalismus und damit für einen Grundstein beim Aufbau »zivilgesellschaftlicher« Verhältnisse in dieser Region. Sie beeinträchtigen die Bewegungsfreiheit und den Informationsfluß, und häufig gießen die Medien Öl ins Feuer der Konflikte. Im Rahmen des Projekts konnten 1998 erstmals aserbaidschanische Journalisten Armenien und sogar Berg-Karabach besuchen, wurden professionelle Kontakte über verhärtete Konfliktfronten hinweg geknüpft. Dabei wurde den Teilnehmern bewußt, wie sehr die leidige Frage, wer welches Territorium zuerst besessen

11 Dazu ein Beobachter und Vermittler im Karabach-Konflikt: »Parties to a dispute, particularly when territories are involved, would resort to endless arguments in order to make their point relying for support on bulky files containing documents, maps, population surveys, statistical data, interpretations of place names, references to ancient chronicles, folklore, and even literary fiction. Almost invariably, the presentation of facts is more than slightly biased to serve a particular purpose. For that reason any attempt to offer a dispassionate record of historical facts is bound to be challenged by either party to the dispute, or both. In addition, in the Caucasus, much like in the Balkans, recollections of past events (some going back centuries in time) are still likely to have an immediate impact on public sentiments and direct relevance for current political decision making« (Sergiu Celac, Romanian Ambassador, The Nagorno-Karabakh Question: An Update, 20.5.2000, <http://poli.vub.ac.be/publi/crs/eng/vol5/nkquestion.htm>).

haben soll, Problemlösungen verhindert.¹² Auch politische Institutionen Deutschlands förderten solche Kontakte und verstehen dies als Beitrag zur Durchbrechung ethnischer Barrieren.¹³

Der Kaukasus als Konfliktregion und Kriegsschauplatz

Wenn vom Kaukasus als Konfliktregion die Rede ist, fallen der Öffentlichkeit in Europa die beiden Tschetschenienkriege ein. Sie werden am stärksten mit Gewalt, Zerstörung, Flucht und Masseneindringlingen assoziiert. Demgegenüber ist der am frühesten bekannt gewordene und am weitesten internationalisierte regionale Konflikt, nämlich der um Berg-Karabach, in den Hintergrund getreten, obwohl auch er sich zwischen 1991 und 1994 als regelrechter Krieg manifestiert hat.¹⁴ Der noch nicht beendete zweite Tschetschenienkrieg wurde von russischer Seite im Herbst 1999 mit einer Invasionsstärke begonnen, die – in Relation zu Territorium und Bevölkerungszahl des Einsatzgebiets – höher lag als im Falle des sowjetischen Afghanistankriegs. Von Moskau zur bloßen »Anti-Terror-Aktion« herabdefiniert – wobei tschetschenische Feldkommandanten tatsächlich durch Terroraktionen im Nordkaukasus den Vorwand geliefert hatten –, ist er ein *Kaukasuskrieg*, ordnet sich in eine Reihe von Kriegen ein, die Rußland seit Ende des 18. Jahrhunderts geführt hat, um seine Herrschaft in dieser Region zu sichern. Insbesondere in Tschetschenien ist das nie ganz gelungen. Dieser Teil des Nordkaukasus bildete nie wirklich einen »integralen Bestandteil Rußlands«, wie es im internationalen Sprachgebrauch heißt, wenn die völkerrechtliche Zugehörigkeit Tschetscheniens zur Russischen Föderation zum Ausdruck gebracht werden soll. Und es ist sehr unwahrscheinlich, daß Rußland mit einer Rückeroberung Tschetscheniens seine Südflanke wirklich stabilisiert, die abtrünnige Republik nach-

haltig befriedet und als befriedeten Landesteil in die Russische Föderation zurückführt. Darüber hinaus verdüsterte Rußland mit erneuten militärischen Maßnahmen an seiner kaukasischen Peripherie die Perspektiven für internationale Konfliktbearbeitung im Kaukasus: In Europa ging man nämlich davon aus, daß eine solche ohne aktive Mitwirkung Rußlands undenkbar ist. Europäische Institutionen haben Rußland stets als Partner ihrer Regionalpolitik im Kaukasus angesehen, besonders in diesem Bereich. Wie soll nun aber die Rolle einer massiv kriegführenden Konfliktpartei mit der eines regionalen Konfliktmediators vereinbar sein? Schon vor den ersten militärischen Maßnahmen gegen Tschetschenien 1994 waren an der Haltung Rußlands gegenüber kaukasischen Sezessions- und Nationalitätenkonflikten Zweifel aufgekommen, hatte Moskau doch in den Sezessionskonflikten im Südkaukasus (Berg-Karabach, Abchasien, Südossetien) eine höchst ambivalente Rolle als Konfliktnutzer, -manipulator und -mediator gespielt.

Regionale Konfliktverflechtung

Den unmittelbaren regionalen Kontext des noch akuten Tschetschenienkriegs bildet also der Kaukasus – und zwar die aus dem Nord- und Südkaukasus bestehende Gesamtregion. Zwar verläuft zwischen den Regionshälften eine grundlegende politische Trennlinie, nämlich die Staatsgrenze zwischen Rußland und den unabhängig gewordenen südkaukasischen Staaten, und als physische Barriere ein Gebirgsmassiv, das zum Beispiel den Grenzabschnitt zwischen Georgien und Tschetschenien nur schwer überwindbar macht. Aber wenn es um die Analyse von Konfliktverläufen geht, bildet diese Grenze zwischen dem »inneren Ausland« Rußlands im Nordkaukasus und seinem »nahen Ausland« im Südkaukasus keine Trennlinie. Die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Tiflis um die Frage, ob tschetschenische Kampfgruppierungen den gerade erwähnten Grenzabschnitt von Tschetschenien nach Georgien überschreiten und sich in dem Nachbarland verschanzen, sind ein Beispiel dafür.

Übergangsstellen vernetzen die Konfliktlandschaften im Nord- und Südkaukasus: Zu ihnen gehört der Konflikt Georgiens mit Abchasien, einem abtrünnigen Landesteil, der sich eher zum Nord- als zum Südkaukasus hin orientiert. In der

¹² Neue Zürcher Zeitung, 10.-11.4.1999.

¹³ So haben das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Kooperation mit der Friedrich Naumann-Stiftung entsprechende Konferenzen in Sophia und Istanbul 1998 und in Erivan im März 1999 organisiert.

¹⁴ In der Kriegsphase von 1991 bis 1993 waren 20 000 Todesopfer zu beklagen. Seit Ausbruch des Konflikts 1988 waren 450 000 Menschen in Armenien und 800 000 in Aserbaidschan zu Flüchtlingen geworden.

Kriegsphase dieses Konflikts zu Beginn der 90er Jahre erwiesen Kampfverbände einer »Konföderation nordkaukasischer Völker« über die russisch-georgische Grenzen hinweg ihren abchasischen »Brüdern« militärische Hilfe gegen georgische Truppen. Auch Teile des russischen Militärs im Nordkaukasus unterstützten die abchasische Sezession. Noch deutlicher wird die Verflechtung bei der »ossetischen Frage«, deren Regulierung in zwei Dimensionen zu verlaufen hat – in einer georgisch-ossetischen und einer süd- und nordossetischen und damit süd-nordkaukasischen Richtung. Sie betrifft sowohl eine Teilrepublik Rußlands im Nordkaukasus (Nordossetien-Alanien) als auch ein autonomes Gebiet in Georgien (Südossetien). Damit geht der Sezessionskonflikt zwischen Georgien und der selbsternannten »Republik Südossetien« über den innerstaatlichen Rahmen hinaus. Die am Regulierungsprozeß beteiligten Seiten – Rußland, Georgien, Nordossetien und Südossetien – verdeutlichen den beide Regionshälften übergreifenden Charakter des Konflikts. Angesichts der Gefahren und Komplikationen, die von solchem Übergreifen ausgehen und besonders im Falle der Tschetschenienkriege den Südkaukasus unter Druck gesetzt haben, mag es tröstlich erscheinen, daß gerade im Südossetienkonflikt die Kriegsphase am frühesten durch Waffenstillstand beendet wurde (1992) und daß der Konflikt in der Folgezeit durch vertrauensbildende Maßnahmen, die Wiedereröffnung zuvor unterbrochener Kommunikationsverbindungen, Demilitarisierung und eine partielle Rückführung von Flüchtlingen in ihre ursprünglichen Wohngebiete mit internationaler Hilfe entspannt werden konnte. Das politische Kernproblem, die Statusfrage, blieb freilich auch hier bisher ebenso ungeklärt wie in allen anderen Konfliktfällen. Beim Karabach-Konflikt tritt eine Verbindung zum Nordkaukasus kaum hervor – abgesehen von Meldungen, wonach sich tschetschenische Kämpfer an Offensiven der aserbaidchanischen Truppen gegen den armenischen Gegner 1991/92 beteiligt haben sollen. Dagegen weist das von Washington als strategisches Schlüsselland im Südkaukasus angesehene Aserbaidchan eine riskante Öffnung gegenüber nordkaukasischen Konfliktzonen auf, insbesondere gegenüber Dagestan, der größten rußländischen Teilrepublik in der Region, die ihrerseits oft als Rußlands strategisches Schlüsselgebiet im Nordkaukasus bezeichnet wird und neben Tschetschenien den Brennpunkt der dortigen Turbulenzen

bildet. So zerteilt die Staatsgrenze zwischen Rußland und Aserbaidchan am Fluß Samur das Siedlungsgebiet der Lesghinen (etwa 400 000, davon 252 000 im Süden Dagestans und der Rest im Norden Aserbaidchans). Diese wurden auf beiden Seiten der Grenze politisch aktiv und forderten teilweise die Bildung eines unabhängigen Staates »Lesghistan«.¹⁵

Die Verflechtungen zwischen Nord- und Südkaukasus bewirken, daß Rußland im Kaukasus brennende Wechselwirkungen zwischen seinem »inneren Ausland« (Dagestan, Tschetschenien), seinem »nahen Ausland« im Südkaukasus und seinem »fernen Ausland« (historische Regionalmächte wie Türkei und Iran, neue Einflußmächte wie die USA) wahrnimmt und die Gesamtregion als eine seiner wichtigsten strategischen Interessenzonen ansieht. Im Südkaukasus sind internationale Organisationen wie OSZE, UNO und EU in die Konfliktbearbeitung einbezogen, der Nordkaukasus hingegen ist für internationale Politik kaum erreichbar, gelten doch die dortigen Entwicklungen als innere Angelegenheit Rußlands und werden von Moskau mit größtem Nachdruck als solche deklariert. Im Zusammenhang mit dem zweiten Tschetschenienkrieg und der sturen Abwehr internationaler Kritik daran hat sich in Rußland diese Haltung noch verfestigt. Moskau bezieht die Abwehrhaltung nun auch auf die OSZE, obwohl sie von Rußland selber als die bevorzugte Sicherheitsstruktur in Eurasien angesehen wird und eine konstruktive Rolle bei der Beendigung des ersten Tschetschenienkriegs gespielt hat. Die enorme Empfindlichkeit Rußlands gegenüber äußerer Einmischung in der Region beeinträchtigt die europäische Regionalpolitik im Kaukasus ebenso wie die anderer internationaler Akteure. Denn sie reduziert die Perspektive für eine Restabilisierung der Gesamtregion, da die südkaukasischen Staaten weder aus eigener Kraft noch mit internationaler Hilfe ein ausreichendes Maß an Stabilität erlangen können, wenn der Nordkaukasus die Chaosperipherie Rußlands bleibt. Rußland erscheint derzeit aber kaum in der Lage, seine »Föderationssubjekte« in dieser Region ausschließlich aus eigener Kraft sozialökonomisch und politisch zu stabilisieren. Es hat sich in dieser

¹⁵ 1993 kam es zu Zusammenstößen mit den »Gewaltstrukturen« Aserbaidchans. Seit Rußland, Aserbaidchan und Dagestan ein dreiseitiges Abkommen über mehr Durchlässigkeit der Staatsgrenze unterzeichneten, hat sich die Lage in dieser Konfliktzone entspannt.

Hinsicht in den letzten Jahren vielmehr erheblicher Versäumnisse schuldig gemacht. Wie kein anderer Landesteil mit nicht-russischen Föderationssubjekten hat sich der Nordkaukasus so sehr zur Krisen- und Konfliktregion Rußlands entwickelt, daß besorgte Stimmen in der Politik und in den Medien des Landes seit 1998 von Moskau endlich die Konzeption einer verbindlichen Regionalpolitik für die kaukasische Peripherie verlangten, teilweise aber auch zu einem Rückzug aus der Region aufriefen.¹⁶ Vor allem der Ostabschnitt der nordkaukasischen Region mit Dagestan und Tschetschenien gilt als das Epizentrum der Krise. In letzter Zeit sind aber auch die weiter westlich gelegenen binationalen Gebilde Karatschajewo-Tscherkessien und Kabardino-Balkarien als krisen- und konfliktgeplagte Teilrepubliken hervorgetreten.

Verdichtung von Regionalkonflikten

Was hebt den Kaukasus so hervor, wenn es um nach-sowjetische Regionalkonflikte geht? Solche Konflikte brachen auch in anderen Teilen der ehemaligen UdSSR aus, am Südwestrand des Vielvölkerreichs zum Beispiel in Moldawien (Sezession der transnistrischen Republik) und in Zentralasien in Tadschikistan, wo ein Bürgerkrieg zwischen 1992 und 1997 möglicherweise Hunderttausende Todesopfer gefordert hat. Aber nirgendwo tauchten sie in solcher Verdichtung auf wie hier. Von 76 akuten Nationalitätenkonflikten, die am Ende der sowjetischen Periode (im Frühjahr 1991) von einer Gruppe Moskauer Geographen auf dem Territorium der UdSSR registriert wurden, entfielen 27 auf Kaukasien. Einige von ihnen waren bereits damals zu interethnischer Gewalt und Vertreibungsaktionen eskaliert.

International bekannt wurden zumeist nur solche Konflikte, die eine Kriegsphase durchlaufen haben wie der Karabach-Konflikt, der Konflikt zwischen Georgien und seinen autonomen Landes-

¹⁶ So in einem Artikel mit dem Titel »Siegreicher Rückzug« in *Kommersant Vlast*, (11.8.1998) 30. Hauptargumente: 1. Der Kaukasus ist die letzte Kolonie Rußlands in einer Epoche konsequenter Dekolonialisierung; 2. Die Unzulänglichkeit föderaler Regierungsgewalt im Nordkaukasus erschüttere das Vertrauen der übrigen Föderationssubjekte in die Bundesgewalt; 3. Die Region werde zu einer nicht weiter finanzierbaren Last für Rußland.

teilen Abchasien (Kriegsphase: August 1992 bis September 1993) und Südossetien (Kämpfe 1991–1993), der zwischen Osseten und Inguschen in der Teilrepublik Nordossetien (1992) und die beiden Tschechenienkriege. Im Schatten dieser bekannteren Konfliktfälle liegen zahlreiche Krisenzonen, in denen sich Konflikte geringerer Intensität entwickelt haben oder entwickeln könnten.

Eingefrorene Konflikte

Die Hauptkonflikte im Südkaukasus traten nach der Unterzeichnung von Waffenstillstandsabkommen spätestens seit 1994 in eine Phase ein, die nicht ganz zutreffend als »post violence development« bezeichnet wurde. Denn wirklich frei von Gewalt war diese Phase nicht. Sie war meist durch eine militärische Pattsituation zwischen den Konfliktseiten und politische Stagnation in der Konfliktbearbeitung geprägt. Daß der Waffenstillstand trotz des Einsatzes von Friedenstruppen und internationaler Beobachtungsmissionen labil blieb, wurde an der georgisch-abchasischen Konfliktfront deutlich, als dort im Frühjahr 1998 vorübergehend neue Kämpfe ausbrachen. Die »eingefrorenen Konflikte« begünstigten die Positionen radikaler Kräfte in der Innenpolitik auf jeweils beiden Konfliktseiten, behinderten die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Verhältnisse, für die in Ländern wie Georgien und Armenien etwas bessere Bedingungen gegeben waren als in anderen Staaten der kaspischen Region, und hielten ein Wettrüsten in Gang, das sich zum Beispiel in beträchtlichen russischen Waffenlieferungen an Armenien zeigte. Vor allem behinderten sie auch zaghafte Ansätze von regionaler Kooperation und konservierten »a climate of uncertainty in the absence of meaningful security and stability arrangements«.¹⁷

So wirkt der ungelöste Karabach-Konflikt, der einen harten armenisch-aserbaidshanschen Gegensatz in der regionalen und internationalen Politik konserviert, als das stärkste Hindernis für regionale Integrationsprozesse im Südkaukasus, etwa für die Einbeziehung sowohl Aserbaidshans als auch Armeniens in die von Europa geförderten Infrastrukturprojekte. Und dennoch war »post

¹⁷ Sergiu *Celac*, Romanian Ambassador, The Nagorno-Karabakh Question: An Update, 20.5.2000, <http://poli.vub.ac.be/publi/crs/eng>.

violence development« ein Fortschritt. In den süd-kaukasischen Staaten konnte ein nachsowjetischer Staats- und Wirtschaftsaufbau nun überhaupt erst beginnen. Ein Land wie Georgien war zuvor in der heißen Konflikt- und Bürgerkriegsphase nach dem Sturz seines ersten Präsidenten Gamsachurdia in seiner ökonomischen und politischen Entwicklung auf das Niveau von Tadschikistan herabgesunken; Aserbaidzhan wurde vom Karabach-Krieg so sehr absorbiert, daß an eine Entfaltung seines Rohstoffpotentials nicht zu denken war. Das änderte sich seit 1994. In beiden Ländern konnten sich trotz der weiterbestehenden Verletzung ihrer territorialen Integrität in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die innenpolitischen Verhältnisse so weit stabilisieren, daß die Präsidenten Alijew und Schewardnadse zu festen Adressaten für internationale Politik wurden. Die Wirtschaftsentwicklung kam nach einer Phase dramatischer Schrumpfung (mit Jahresinflationsraten von bis zu 8000% und einer weitgehenden Deindustrialisierung) endlich in Gang und erzielte seit 1996 wieder »schwarze Zahlen«. Der größere Teil der Bevölkerung verharnt zwar in allen südkaukasischen Staaten nach wie vor in Armut, der Staatsaufbau wird nach wie vor von Korruption behindert und liegt in den Händen von »Eliten«, die sich nationaler Verantwortung oft weniger verpflichtet fühlen als der Loyalität gegenüber Familie und Sippschaft. Aber der Bevölkerung und den Eliten (mit Ausnahme der in der Forschung bisher ungenügend identifizierten Konfliktprofiteure) ist unschwer zu vermitteln und *muß* mit allem Nachdruck vermittelt werden, daß ein Rückfall in »violence development« ihren Interessen massiven Schaden zufügen würde.

Ethnizität als Konflikthintergrund

Schon die bloße Aufzählung der Regionalkonflikte im Kaukasus kehrt die ethnische Dimension hervor, geht es doch überwiegend um Auseinandersetzungen um Territorien und widerstreitende Souveränitätsbestrebungen, die zwischen unterschiedlichen Volksgruppen ausgetragen werden. Die Region ist seit dem Altertum als ein Völkerlabyrinth wahrgenommen worden, und die frühen Kaukasus-Ethnographen des 19. Jahrhunderts, die den kolonialpolitischen Vorstoß Rußlands in den Süden begleitet haben, vermittelten der europäischen Öffentlichkeit eine schillernde Vielfalt

»wilder Bergvölker«. Sie begründeten jene ethnischen Stereotypen, die bis heute in der russischen Öffentlichkeit, aber auch in Europa die Wahrnehmung des Kaukasus bestimmen. Kein Wunder, daß beim Zerfall der Sowjetunion diese Region als für interethnische Konflikte am stärksten prädestiniert wahrgenommen wurde, hatten ihre ethnischen und territorialen Verhältnisse doch bereits eine besondere Herausforderung für die sowjetische Nationalitätenpolitik dargestellt.

Gleichwohl sind Vorbehalte gegen die Selbstverständlichkeit des Begriffs »ethnischer Konflikt« und eine automatische Koppelung zwischen Völkervielfalt und Konflikanfälligkeit zu erheben. Die kaukasische Völkervielfalt wird in Dagestan, der größten Teilrepublik Rußlands im Nordkaukasus, auf die Spitze getrieben. Auf einem Territorium von der Größe der Schweiz leben mehr als 30 autochthone Völker. Man kann sich vorstellen, welches Konflikt- und Zergliederungspotential sich in einer Periode politisierter Ethnizität anhäuft, und tatsächlich traten beim Zerfall der sowjetischen Ordnungsstrukturen Dutzende ethnisch definierter »Volksfronten« als politische Akteure hervor. Doch wirkte sich die ethnische Vielfalt eher stabilisierend aus, gerade weil in ihr – im Unterschied zu den meisten anderen Teilrepubliken Rußlands – eine dominierende »Titulernationalität« fehlte, die andere Volksgruppen politisch und wirtschaftlich an den Rand gedrückt hätte und – wie in Tschetschenien – zum Träger einer Sezessionsbewegung hätte werden können. Daß sich Dagestan nach Tschetschenien zum schlimmsten Krisengebiet Rußlands entwickelt hat, hing mit Faktoren zusammen, die weniger in seiner eigenen Völkervielfalt zu suchen sind als anderswo – in der sozialökonomischen Krise des Nordkaukasus und deren Zuspitzung in Dagestan, in den Versäumnissen föderaler Politik in der Region und insbesondere in dem unregelmäßigen Verhältnis zum abtrünnigen Tschetschenien und den Verwicklungen Dagestans in das Kriegsgeschehen und die inneren Wirren im Nachbarland.

Ein anderes Argument gegen die Anführung ethnischer Differenziertheit als Hauptursache für kaukasische Konflikt- und Krisenlagen ist der Hinweis auf das gegenteilige Muster. Denn der Kaukasus beheimatet beide Extreme – neben Gebieten größter ethnischer Vielfalt solche mit ethnisch homogener Bevölkerung. Armenien ist unter allen sowjetischen Nachfolgestaaten derjenige mit der größten ethnischen Homogenität und zählt zu den wenigen

Staaten der Erde mit einem annähernd hundertprozentigen Anteil der namengebenden Nationalität an der Landesbevölkerung. Doch die Republik Armenien ist deswegen noch nicht zu einem Hort innerer Stabilität geworden. Aus keinem anderen GUS-Staat ist ein so hoher Anteil der titulernationalen Bevölkerung in nachsowjetischer Zeit emigriert wie aus diesem Land. Einige Experten sprechen schon von einem »demographischen Kollaps«, durch den die Bevölkerungszahl von 1989 (3,6 Mio.) möglicherweise bereits auf die Hälfte oder ein Drittel gesunken ist.¹⁸ Die Auswanderung war in erster Linie ökonomisch bedingt und wurde durch die Anwesenheit einer traditionell breiten armenischen Diaspora in Rußland und außerhalb der GUS erleichtert, aber sie fand auch vor dem Hintergrund wachsender Verunsicherung statt. Galten die innenpolitischen Verhältnisse hier lange Zeit als stabiler als in den Nachbarländern Aserbaidschan und Georgien, so hat sich dieses Bild nach dem Attentat im Parlament in Eriwan im Oktober 1999 und einem Mordanschlag auf den »Präsidenten« Berg-Karabachs im März 2000 gründlich gewandelt. Rußland sah in letzter Zeit mit Besorgnis seinen einzigen Verbündeten im Südkaukasus ins Lager der instabilen Staaten entgleiten und machte dem bislang eher angefeindeten Aserbaidschan Angebote zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen, um seine Kaukasuspolitik auf eine breitere Grundlage zu stellen.¹⁹

Auch Aserbaidschan ist mit einem Anteil der Titulernationalität an der Republikbevölkerung von etwa 85% ethnisch noch relativ homogen, ist aber im Unterschied zu Armenien dennoch mit erheblichen Minderheiten- und Nationalitätenproblemen konfrontiert. Der Konflikt mit dem armenisch besiedelten Landesteil Berg-Karabach, der sich seine faktische Unabhängigkeit von Aserbaidschan erkämpft hat, verdeckt die Probleme mit anderen Minderheiten-Enklaven, die aber gerade für die Einschätzung der Handlungsfähigkeit Bakus im Karabach-Konflikt wichtig sind. Daß die aserbaidtschanische Führung sich äußerst schwer tut, der Gegenseite in diesem Konflikt substantielle und präzisierte Autonomieangebote zu machen, hat auch mit der Angst vor der Präzedenzfall-Wirkung gegenüber diesen Fällen zu tun. Aber dennoch gilt für Aserbaidschan, daß hier längst nicht alle Konf-

likte der nachsowjetischen Periode interethnischer Natur waren. Das Land war zu Beginn seiner staatlichen Unabhängigkeit vielmehr ein Paradebeispiel für Machtkämpfe unter den Eliten der titulernationalen und durchlebte drei gewaltbedingte Machtwechsel und mehrere gescheiterte Putschversuche, bevor sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre seine innenpolitischen Verhältnisse unter dem autoritären Regime Haidar Alijews stabilisierten. Zwar standen hier ebenso wie in Armenien alle innenpolitischen Spannungen unter der Einwirkung des Karabach-Konflikts, aus dem die interethnische Komponente nicht herauszulösen ist, aber sie selber können nicht einfach als »ethnische Konflikte« klassifiziert werden.

Der Vorbehalt gilt ebenso für Georgien. Mit seinen drei autonomen Landesteilen Abchasien, Südossetien und Adscharien und mit armenischen und aserbaidtschanischen Siedlungsenklaven in »Kerngeorgien« hat dieses Land unter den südkaukasischen Staaten zwar die komplizierteste ethnisch-territoriale Gliederung. Aber die bürgerkriegsartigen Konflikte, die es 1992/93 an den Rand eines »failed state« brachten, verliefen durchaus nicht nur zwischen Georgiern und Nicht-Georgiern. Der Bürgerkrieg mit seinen Schußwechseln mitten in der Hauptstadt tobte zwischen Fraktionen der georgischen »Elite« und bewies, daß das Land von Nationbildung auch in seinem »georgischen« Kernbereich noch entfernt war. Der Regionalismus Georgiens ist in einem Bereich angesiedelt, in dem sich die Unterscheidung »georgisch-nichtgeorgisch« verwischt. Ethnisch »georgische« Landesteile mit eigener, zentrifugaler Prägung wie Mingrelien, das zur Bastion der Anhängerschaft des gestürzten Präsidenten Gamsachurdia wurde, oder entlegene Hochgebirgslandschaften wie Swanetien stellen die territoriale Integrität der Republik zwar nicht in dem Maße in Frage wie das von Tiflis faktisch unabhängige Abchasien, aber sie wurden zur Basis regional gestützter Parteienbildung. Das gespannte Verhältnis zwischen der Zentralregierung und dem autonomen Landesteil Adscharien, zwischen Schewardnadse und dem lokalen Machthaber Abaschidse, kann ebenfalls kaum unter die »ethnischen Konflikte« des Kaukasus subsumiert werden.²⁰

²⁰ »Adscharien« sind ethnische Georgier, die in der Vergangenheit unter dem Einfluß der Türkei teilweise zum Islam bekehrt wurden. Der konfessionelle Unterschied zwischen dem christlich-orthodoxen Georgien und

¹⁸ Nezavisimaja gazeta, 16.8.2000.

¹⁹ Nezavisimaja gazeta, 22.7., 27.7., 2.8., 15.8., 31.8.2000.

Territorialität als Konfliktkomponente: Das Verhältnis von Ethnos und Territorium

Sagt der Begriff des »ethnischen Konflikts« noch wenig aus, ist der Begriff des »ethnoterritoriales Konflikts« schon aussagekräftiger. Es geht um das in dieser Region besonders komplizierte und häufig von außen erschütterte Verhältnis von Ethnos und Territorium. Erschüttert und manipuliert wurde dieses Verhältnis seit dem Eingreifen Rußlands in die kaukasische Geschichte²¹ und insbesondere durch die Nationalitäten- und Territorialpolitik in sowjetischer Zeit. So stanzte die Sowjetmacht aus dem Völkerlabyrinth des Nordkaukasus fragwürdige nationale oder binationale Gebietseinheiten heraus, die dann in ihren Grenzen und ihrem politischen Status wieder verändert wurden.²² Vor allem aber wurde der Kaukasus von der brutalsten ethnoterritoriales Aktion der Sowjetmacht, den Deportationen ganzer Völker unter Stalin 1943/44, wie keine andere Region betroffen. Bis heute wirkt sich dieses Trauma konflikthaft aus: So hat der Konflikt zwischen Osseten und Inguschen um Gebietsteile bei Wladikawkas, der 1992 Hunderte Todesopfer forderte, konkret mit diesem historischen Hintergrund zu tun.

Der tragische Grundzug neuerer kaukasischer Geschichte setzte sich nun in nachsowjetischer Zeit fort – durch die eingangs erwähnten konfliktbedingten Migrationen und gewaltsamen Vertreibungen. Am radikalsten hat sich die Bevölkerungsstruktur Abchasiens in der Kriegsphase des Konflikts mit Georgien verändert: Vor dem Krieg bestand die dortige Bevölkerung (525 000) zu 44% aus ethnischen Georgiern (mit starker Konzentration im südlichsten Bezirk Abchasiens, in Gali) und

diesem autonomen Landesteil spielt aber keine sichtbare politische Rolle.

²¹ Völker wie die Tscherkessen, einst die größte Nationalität des Nordkaukasus, wurden bereits im 19. Jahrhundert vertrieben oder zwangsumgesiedelt. Heute gibt es Millionen Nachfahren dieser ersten Kaukasusflüchtlinge auf dem Balkan, in der Türkei (7 Mio. türkische Staatsbürger kaukasischer Abstammung), im Mittleren Osten, während »tscherkessische« Ethnien im Nordkaukasus selber nur noch eine kleine Minderheit bilden und zwischen drei Teilrepubliken Rußlands (Adygien, Kabardino-Balkarien und Karatschajewo-Tscherkessien) aufgeteilt sind.

²² So wurde zum Beispiel das Territorium der Tschetschenen und Inguschen und sein Status zwischen 1918 und 1990 acht Mal verändert.

nur zu knapp 18% aus der »Titulernationalität« der Abchassen – im übrigen aus Armeniern (76 000), Russen (75 000), Griechen, Ukrainern und anderen Nationalitäten. In der Kriegsphase wurde dann der georgische Bevölkerungsteil durch die von außen unterstützten abchasischen Kampfverbände nach »Kerngeorgien« vertrieben, wo nun zwischen 250 000 und 300 000 »internally displaced persons« registriert wurden. Die Rückführung dieser Flüchtlinge in ihre vormaligen Wohnorte bildet ein Kernproblem der Konfliktregelung. Ein kleinerer Teil ist mit Hilfe des UNHCR nach Gali zurückgekehrt. Insgesamt haben sich aber die ethnischen Proportionen der zahlenmäßig stark reduzierten Bevölkerung Abchasiens dramatisch verschoben, zu einer binationalen abchasisch-armenischen Zusammensetzung. Eine komplette Repatriierung der georgischen Flüchtlinge würde das demographische Gewicht wieder zur georgischen Seite hin verlagern, was die Sezessionsführung unter dem »Präsidenten« Ardsinba zu verhindern sucht. Sie beschwört deshalb ein enormes Feindbild gegenüber dem »georgischen Aggressor« von 1992 – tatsächlich hatten georgische Truppen und Milizen damals das Kampfgeschehen in Abchasien eröffnet und unter der nichtgeorgischen Bevölkerung gewütet.²³ Auch von anderen Bevölkerungsteilen Abchasiens, so dem armenischen, wird eine Rückkehr der Flüchtlinge angeblich nicht gewünscht.

Von der erneuten demographischen Tragödie Tschetscheniens war bereits die Rede. Auch die ossetische Bevölkerung des Kaukasus (insgesamt etwa 600 000) war in den 90er Jahren konfliktbedingten Veränderungen ausgesetzt – mit Migrationen aus Georgien in den Nordkaukasus, einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur Südossetiens (65 000 bis 70 000 Einwohner) und einem Zusammenstoß mit der inguschischen Minderheit in Nordossetien. Der Nachbar Inguschetien, die bevölkerungs- und flächenmäßig kleinste politische Einheit des Nordkaukasus, wurde gleich von mehreren Konflikten in Mitleidenschaft gezogen: von den Gewaltaktionen, die 1992 in Nordossetien mit

²³ Ausführliche Darstellung des Konflikts mit Kritik an seiner einseitig progeorgischen Perzeption in der internationalen Öffentlichkeit bei George *Hewitt*, *Abkhazia, Georgia and the Circassians (NW Caucasus)*, in: *Central Asian Survey*, 18 (1999) 4, S. 463–499. Siehe auch Bruno *Coppieters*, *Westliche Sicherheitspolitik und der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien*, Köln 1999 (Berichte des BIOst, 12/1999).

Unterstützung russischer Truppen an der inguschischen Minderheit um Wladikawkas begangen wurden und entsprechende Fluchtbewegungen auslösten, und von den Tschetschenienkriegen, die noch größere Flüchtlingswellen nach Inguschetien brachten. Die Bevölkerung der kleinen Republik (um 1994 rd. 300 000, heutige Zahl unbekannt) setzt sich inzwischen mehrheitlich aus Flüchtlingen zusammen.

Schon ein flüchtiger Blick auf das Staatsterritorium Georgiens oder Aserbaidschans oder auf die politische Gebietsgliederung der kaukasischen Peripherie Rußlands zeigt, daß besonders der Kaukasus von einem fatalen Strukturerbe des sowjetischen Ethnoföderalismus geprägt ist: von der Verschachtelung nationaler Gebietseinheiten auf unterschiedlichen Stausebenen. In diesem »Matroschka-Modell nationaler Staatlichkeit« waren autonome Republiken und Gebiete mit bestimmten namengebenden Nationalitäten Unionsrepubliken mit anderer »Titularnationalität« inkorporiert. Beim Zerfall der sowjetischen Oberpuppe brachen antagonistische Souveränitätsbestrebungen zwischen den Unterpuppen aus – nirgendwo so heftig wie im Kaukasus. Schon lange davor waren in sowjetischer Zeit an diesen Verschachtelungsstellen Konflikte entstanden, so zwischen Abchasien und Tiflis, zwischen Karabach-Armeniern und Baku um die konkrete Ausgestaltung der Autonomie nationaler Gebietskörperschaften. Wo territoriale Streitfragen und Sezessionsbestrebungen bzw. ihre Abwehr auf der Agenda nationaler Bewegungen auftauchten, war eine erhebliche Mobilisierung und Emotionalisierung zu beobachten. Nationale Anliegen wurden dann über anfänglich begrenzte Kreise in die breitere Bevölkerung hineingetragen. Sobald Gebiete angefochten wurden, kam es zum nationalen Aufschrei auf der herausgeforderten Seite. In Aserbaidschan wurde Nationalismus, der zuvor auf Kreise der hauptstädtischen intellektuellen Elite beschränkt gewesen war, 1988 durch die Karabachfrage auf die Straße getragen. In Armenien demonstrierte die ganze Nation.

Zusammenstoß völkerrechtlicher Prinzipien

Es kollidierten zwei gleichermaßen verbrieft völkerrechtliche Prinzipien: das Recht von Nationalitäten auf Selbstbestimmung mit dem Recht inter-

national anerkannter Staaten auf territoriale Integrität. Die internationale Gemeinschaft legt den Akzent inzwischen eindeutig auf die territoriale Integrität – so die OSZE-Gipfel von Lissabon 1996 und Istanbul 1999 in bezug auf Aserbaidschan und Georgien. Auch die Sezession Tschetscheniens wurde von keinem Staat der Welt mit Ausnahme des »Islamischen Emirats Afghanistan« anerkannt. Nach dem Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion und der Unabhängigkeit ihrer Gliedstaaten hieß es: Keine weiteren Sezessionen mehr! Dies ist keine rechtlich und logisch eindeutig begründbare, sondern eine politische Entscheidung. Sie folgt letztlich dem »uti possidetis«-Prinzip, durch das die territoriale Ordnung in Lateinamerika, Asien und Afrika auf die Grenzlinien aus der Kolonialzeit festgelegt worden ist, um endlose Territorialkonflikte zu vermeiden.²⁴ Würde man sie juristisch begründen, müßte man sich auf die sowjetische Verfassung und letztlich auf die stalinistische Nationalitätenpolitik berufen, nach der Unionsrepubliken ein formales – freilich nicht wirklich einforderbares – Recht auf Sezession besaßen, während die nachgeordneten nationalen Autonomien und »inneren Republiken« dieses Recht nicht hatten. Die internationale Abneigung gegen weitere Sezessionen ist zwar verständlich – gerade in bezug auf den Kaukasus. In dieser Region würde die Formel »Volk = Staat« zu einer leopardenfellartigen Staatenlandschaft mit Dutzenden Enklaven und Exklaven führen. Aber sie führt auch dazu, daß die internationale Vermittlung in solchen Konflikten kaum das Gebot der Unparteilichkeit gegenüber den Konfliktseiten wahren kann, sondern bereits bei Prozedere-Fragen nichtanerkannte Sezessionsgebilde benachteiligt. Das selektive Verhalten in der Anerkennungspolitik der internationalen Gemeinschaft wurde in ehemaligen Autonomen Republiken wie Abchasien nicht akzeptiert. Die Sezessionsführungen bestehen darauf, daß ihre Gebietseinheiten im Sowjetföderalismus »Republiken« waren, daß sie nach dem sowjetischen Verständnis von »nationaler Staatlichkeit« eine Form von Staatlichkeit besaßen. Diese habe notwendigerweise »Souveränität« eingeschlossen, womit ihnen nach dem Zerfall der Sowjetunion eine selbstbestimmte Entscheidung über ihr weiteres staatliches Schicksal zugestanden hätte.

²⁴ Jörg *Fisch*, Gerechte Grenzen kann es nicht geben, in: Der Überblick, (2000) 4, S. 11–15.

Wie wird man dem Selbstbestimmungsrecht von Minderheitenvölkern gerecht – unterhalb der Schwelle staatlicher Unabhängigkeit und einer Sezession, die wiederum das Prinzip der territorialen Integrität der übergeordneten Staatlichkeit verletzen würde? Für das europäische Verständnis liegt das Grundproblem darin, daß Minderheitenvölker der ehemaligen UdSSR Autonomie »territorialisieren«, also mit einem substantiellen politischen Sonderstatus ihres Heimatgebiets innerhalb eines Vielvölkerstaats verbinden. Diesen Status betrachten sie als elementare Maßnahme zur Sicherung ihrer ethnischen Existenz, als den Hauptaspekt von »securitization of ethnicity«.²⁵ Gegen diese aus dem überkommenen Gliederungsprinzip des Sowjetföderalismus resultierende Orientierung kommt die »zivilgesellschaftliche« Argumentation nur schwer an. Sie möchte das Selbstbestimmungsrecht von seiner kollektivistischen, ethnoterritorialen Ausrichtung auf individuelle Bürger- und Menschenrechte und zivile Staatsbürgerschaft umdrehen, zielt damit aber an den kaukasischen Realitäten vorbei. Auch das Vorbild demokratischer Föderationen im Westen, in denen ethnische Sezessionsbewegungen keine Mehrheit erlangen, verfängt hier nicht, setzt es doch eine institutionelle Kapazität und föderale Rechtskultur voraus, die im Kaukasus ebensowenig gegeben ist wie in anderen Fällen gescheiterter ethnischer Föderationen Ost- und Südosteuropas. Eine Friedensregelung auf der Grundlage der bloßen Wiedereingliederung von Sezessionsgebieten unter ihre vormalige Staatshoheit ist den Konfliktagen im Kaukasus ebensowenig angemessen wie ein Kooperationsrahmen für Konfliktbearbeitung, der nur auf anerkannte Zentralregierungen ausgerichtet ist. »The alternative to such attempts is constituted by organizations where various levels of governance and various types of political entities are fully represented.«²⁶ In Europa gibt es für solche Kooperationsrahmen Vorbilder wie den Nordischen Rat oder den Britisch-Irischen Rat.

Internationale Konfliktvermittlung muß im Kaukasus einen Kompromißraum öffnen und Konfliktparteien in einen »Common State« zurückführen, der irgendwo zwischen Bundesstaat und Staatenbund, Föderation und Konföderation, horizontalen und vertikalen Machtbeziehungen angesiedelt ist.

²⁵ *Coppieters*, A Regional Security System for the Caucasus.

²⁶ Ebd.

Das werden auf Dauer sehr fragile Gebilde sein, die selbst nach Zustandekommen einer Statusregelung einen langen und mühsamen Weg zur Konsolidierung der Konfliktüberwindung zurücklegen müssen. Bislang sind alle Konfliktfälle aber von einer Statusregelung und damit von einer Startposition für solche Entwicklung noch entfernt. Selbst in dem relativ entspannten Konflikt Georgiens mit Südossetien divergieren die Statusvorstellungen der – in diesem Fall noch verhältnismäßig kompromißbereiten – Konfliktparteien nach wie vor.²⁷ Und dies bei einem Konflikt, dessen Wurzeln nicht tief liegen, der erst durch die nationalistische Verblendung beim Übergang Georgiens in seine staatliche Unabhängigkeit erzeugt wurde und bei dem die Sezessionspartei von einer eigenständigen Existenzmöglichkeit weit entfernt ist. Wieviel tiefer – zeitlich und emotional – liegen da die Wurzeln des Karabach-Konflikts! Sie greifen jedenfalls weit über das Datum für den Ausbruch des aktuellen Konfliktgeschehens, den Februar 1988, in die Vergangenheit zurück. Und hierbei geht es um ein Sezessionsgebilde, das eine andere Selbstbehauptungsfähigkeit aufweist und über die effektivste Armee im Südkaukasus verfügt.

In keinem Konflikt der Region wurde von außen so stark vermittelt wie im armenisch-aserbaidschianischen Konflikt um Berg-Karabach. Hier schalteten sich nach 1991 Rußland, die Türkei, Iran, Kasachstan und verschiedene westliche Staaten sowie internationale Organisationen ein. Im Mai 1994 erreichte die Vermittlung unter Führung Rußlands einen Waffenstillstand, wobei aber rund 15% des Territoriums Aserbaidschans (nach aserbaidschianischen Angaben sogar 20%) von armenischen Truppen besetzt blieben. Seither streben internationale Vermittlungsbemühungen unter Führung der OSZE eine politische Konfliktlösung an. Die Internationalisierung kommt vor allem den Bedürfnissen Aserbaidschans entgegen. Aus triftigen Gründen mißtraut Baku Rußland als Hauptvermittler. Die Rolle des »ehrlichen Maklers« hat Moskau nicht zuletzt

²⁷ Dabei wird eine Wechselwirkung zwischen dem Südossetien- und dem Abchasienkonflikt beobachtet, obwohl zwischen den beiden Sezessionsgebilden keine unmittelbaren politischen Beziehungen bestehen. Es wird vermutet, daß die südossetische Konfliktseite vermeiden will, daß die Regelung ihres Konfliktfalls mit Georgien der des georgisch-abchasischen Konflikts vorangeht, und zwar aus der Befürchtung heraus, dabei einen niedrigeren Status zu erlangen als die abchasische Seite.

durch massive Waffenlieferungen an Armenien verletzt. Auch armenische Autoren bezeichneten Karabach als »wichtigen politischen Hebel« Rußlands für die Wahrung seiner »umfassenden geostrategischen Interessen im Kaukasus und gegenüber Aserbaidschans ausgeprägter prowestlicher Einstellung im allgemeinen sowie den internationalen Anstrengungen zur Ausbeutung des kaspischen Meeres im besonderen«. ²⁸ Zum Hauptvehikel der internationalen Konfliktvermittlung wurde die 1992 gegründete Minsker Gruppe innerhalb der OSZE, in der Rußland, Frankreich und die USA den Vorsitz haben. Parallel dazu wurde unter dem Druck Washingtons ein bilateraler Dialog zwischen den Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans ins Leben gerufen, der etwas Bewegung in die erstarrten Verhandlungsfronten brachte. Da kam sogar Hoffnung auf, der OSZE-Gipfel in Istanbul im November 1999 könne mit der Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen Armenien und Aserbaidschan gekrönt werden. Aber es kam nicht zu dem erhofften Durchbruch, weil eine entscheidende Konfliktpartei, Berg-Karabach selber, nicht in die bilateralen Verhandlungen einbezogen war und weil die innenpolitischen Verhältnisse in Armenien wie in Aserbaidschan einer raschen Lösung entgegenstanden. In Armenien wendet sich die öffentliche Meinung gegen eine kompromißbereite Haltung der politischen Führung, und in Aserbaidschan besteht nicht einmal in der politischen Elite ein Konsens über Kompromisse in der Karabachfrage. Einige Schlüsselfiguren, darunter die graue Eminenz der aserbaidschanischen Außenpolitik, Präsidentenberater Gulusade, verließen 1999 das Regierungslager, weil ihnen die Gespräche Alijews mit seinem armenischen Gegenpart suspekt wurden. In den Hauptstreitpunkten konnte auch in den bilateralen Gesprächen keine Einigung erzielt werden. Sie betreffen: 1. die Statusfrage, in der Berg-Karabach die reale Unabhängigkeit von Aserbaidschan fordert und allenfalls eine lockere Konföderation mit Baku einzugehen bereit ist, während die Gegenseite auf der international bestätigten »territorialen Integrität« Aserbaidschans besteht und dem abtrünnigen Gebiet ein nicht präzisiertes »Höchstmaß an Autonomie«

²⁸ Hratch *Tschilingirian*, Berg-Karabach: Regionale Spieler im Karabach-Konflikt, Teil 2, in: Armenisch-Deutsche Korrespondenz, (1999) 2, S. 2.

einräumt; 2. den Rückzug der armenischen Truppen aus den besetzten Gebieten in Aserbaidschan, wobei die Republik Armenien einem Rückzug aus den meisten Gebieten sogar zustimmen könnte, Berg-Karabach aber nur eine Räumung akzeptiert, die zu keinem Zeitpunkt seine Sicherheit und seine Verbindung mit Armenien gefährdet; 3. die Rückführung der Flüchtlinge; 4. Sicherheitsgarantien für Berg-Karabach, und 5. das Regelungsprozedere, wobei Berg-Karabach der von der Minsker Gruppe vorgeschlagenen Konfliktregelung in Phasen die Regelung aller Streitpunkte einschließlich der Statusfrage in einem Paket entgegengesetzt.

Ein Schlachtfeld für Zivilisationskriege?

Die Konfliktlagen im Kaukasus können nicht ohne Berücksichtigung der kulturellen und religiösen Verhältnisse dargestellt werden. In den letzten Jahren und besonders nach dem Ausbruch des zweiten Tschetschenienkriegs stellt Rußland den Nordkaukasus als seine von religiösem Extremismus und internationalem Terrorismus heimgesuchte Südperipherie dar. Schon zuvor waren in jenen ethnoterritorialen Konflikten des Südkaukasus, in die Völker unterschiedlicher Konfession involviert sind wie im Karabach-Konflikt, Elemente eines »clash of civilizations« ausgemacht worden. Für das umstrittene Huntingtonsche Paradigma bot sich der Kaukasus als reizvolles Anwendungsfeld dar, ist er doch eine Kreuzungszone der Kulturen und Religionen und gilt als Schnittstelle zwischen Europa und dem Vorderen Orient. Aber bei näherem Hinsehen zeigte sich gerade hier, daß die Bilder vom »Krieg der Zivilisationen« meist mit viel zu breitem Pinsel gemalt sind. Wie verträgt sich mit diesem Paradigma die Tatsache, daß Iran, dem unbedingte islamische und erst recht schiitische Parteilichkeit unterstellt wird, im Kaukasus enge Beziehungen zum christlichen Armenien unterhält, dagegen zu Aserbaidschan mit seiner ihm religionsverwandten Bevölkerung in einem gespannten Verhältnis steht, daß dagegen das christlich-orthodoxe Georgien mit Aserbaidschan enger kooperiert als mit dem glaubensverwandten Nachbarn Armenien, daß russisch-orthodoxe Kosaken gemeinsam mit Kampfverbänden muslimischer Völker des Nordkaukasus die abchasische Sezessionsbewegung gegen georgische Truppen

unterstützt hatten? In all diesen Fällen rangierten bei Konfrontationen und Allianzen im kaukasischen Konfliktgeschehen politische, territoriale und andere Interessen vor der Glaubens- und Kulturverwandtschaft.

Dennoch wurde Religion in die Konfliktentwicklungen im Kaukasus einbezogen. Dies galt weniger für Entwicklungen entlang christlich-islamischer Kulturgrenzen im Südkaukasus als für den Nordkaukasus, dessen nicht-russischer Bevölkerungsteil mehrheitlich zum Islam gehört. Wenn es um das Thema »Islam im Kaukasus« ging, stand weniger der flächen- und bevölkerungsgrößte Staat der Gesamtregion, Aserbaidschan mit seiner moslemischen (schiitischen) Bevölkerungsmehrheit, im Mittelpunkt als vielmehr die Verhältnisse an der kaukasischen Peripherie Rußlands, insbesondere in Tschetschenien und Dagestan. In russischen Medien werden die religiös-politischen Verhältnisse in der Südperipherie der Föderation immer stärker im Zusammenhang mit »militantem Islamismus« und »Import von religiösem Extremismus« behandelt, wird eine Brücke zwischen »islamischen Rebellen« im Nordkaukasus und in Mittelasien geschlagen, werden Rußlands militärische Positionen an seiner Südflanke als Bastion gegen das Eindringen eines internationalen »islamischen Fundamentalismus« in den GUS-Raum dargestellt. Tatsächlich hat die Entwicklung im Nachkriegs-Tschetschenien seit 1996 verstärkt zu einer »Islamisierung« der politischen Machtkämpfe sowie der Staatsorgane und der Außenpolitik des Sezessionsregimes geführt. Dabei griffen autonom agierende radikale Kräfte unter den »Feldkommandanten« mit islamischen Vereinigungsparolen und dem Aufruf zum Kampf gegen Rußlands Oberherrschaft im gesamten Nordkaukasus über die innertschetschenischen Auseinandersetzungen hinweg in Nachbarregionen wie Dagestan ein. Diese Entwicklung lieferte einen Vorwand für Rußlands zweiten Tschetschenienkrieg, der nun seinerseits die Teilnahme von Mudschaehdin aus verschiedenen Teilen der islamischen Welt an Kämpfen im Nordkaukasus verstärkte. Daß die Region zu einer Angriffsfläche für islamistische Netzwerke wurde, die sich von außen in den GUS-Raum hineinspannen, hat maßgeblich mit langjährigen regionalpolitischen Versäumnissen Rußlands und mit der Kompensation politischer und sozialökonomischer Präventionsmaßnahmen durch Krieg zu tun. Vorher war hier das Auftauchen radikaler Religionsvarianten eher eine

innerislamische Angelegenheit. Traditionelle lokale Formen von Religiosität (Sufismus, Volksislam) wurden mit ideologischen Inhalten konfrontiert, die dem Bereich des religiösen Fundamentalismus entstammen und um Vorstellungen eines frühen, reinen, universell gültigen Islam kreisen. Diese Konfrontation führte seit 1997 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in einzelnen Gemeinden Dagestans und anderen Regionen des Nordkaukasus und machte das Schlagwort von den »Wahhabiten« in Rußland publik. Dazu ein westlicher Beobachter:

»The broad and indiscriminate references to »Wahhabism« to stigmatize a number of different religious and political currents embracing Islamic revival is likely to be counterproductive, and to promote the political crystallization of amorphous forms of religious and social protest. Islamist groups are in fact relatively weak in the region, and are largely concentrated in Dagestan. Like other radical movements, they feed on extreme poverty, inequality, and corruption, moving to fill a moral vacuum in which traditional political and religious elites have lost their legitimacy.«²⁹

Rußland nutzte den Hinweis auf einen von außen gesteuerten islamischen Extremismus und internationalen Terrorismus nicht nur als Hauptlegitimationsargument für sein Vorgehen in Tschetschenien, sondern auch als Ressource für die Rückgewinnung militärisch-politischer Positionen in Mittelasien, wo islamistische Gruppierungen wie die »Islamische Bewegung Usbekistans« ebenfalls für Unruhe sorgten. Für westliche Politik im Kaukasus und im weiteren kaspischen Raum entsteht hier ein dringendes Informations- und Unterscheidungsbedürfnis in einem Bereich, in dem es mitunter schwierig wird, ernstzunehmende Wahrnehmungen von Legitimationsbehauptungen, Deskriptives von Propagandistischem zu trennen.

²⁹ Gail W. *Lapidus*, Russia's Second Chechen War: Ten Assumptions in Search of a Policy, in: Lena *Johnson*/Murad *Esenov* (Hg.), Chechnya: The International Community and Strategies for Peace and Stability, Stockholm: Swedish Institute of International Affairs, 2000 (Conference Papers 27), S. 37–38.

Europäischer Strategiebedarf unter veränderten Bedingungen der Energieversorgung

Friedemann Müller

Das Gewicht des Mittleren Ostens bei der Weltenergieversorgung

Der Weltölmarkt

Um die veränderten Rahmenbedingungen zu erfassen, ist eine genauere Kenntnis der quantitativen Proportionen erforderlich.

Tabelle 1
Regionale Verteilung der nachgewiesenen Erdölreserven (Milliarden Faß und Prozent)

	Ende 1978	Anteil	Ende 1998	Anteil
Mittlerer Osten	370	57%	674	64%
Frühere				
Sowjetunion	71	11%	65	6%
Europa	27	4%	21	2%
USA/Kanada	41	6%	37	3,5%
Lateinamerika	41	6%	137	13%
Afrika	58	9%	75	7%
Asien/Pazifik	40	6%	43	4%
Welt	648	100%	1053	100%

Quelle: *BPAmoco*, Statistical Review of World Energy, Juni 1999, S. 4.

Tabelle 1 zeigt, daß sich die Endlichkeit der Ressourcen des wichtigsten Energieträgers Erdöl bisher nicht so abrupt auswirkt, wie in den 70er Jahren befürchtet wurde. Tatsächlich sind die nachgewiesenen Reserven trotz wachsender Produktion von 648 Milliarden Faß (1978) auf 1053 Milliarden Faß (1998) angestiegen, also um über 60%. Allerdings war dieser Anstieg ungleichmäßig verteilt. Der Mittlere Osten³⁰ und Lateinamerika (praktisch aus-

30 Dem »Mittleren Osten« gehören die Staaten Iran, Irak, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien, Syrien, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Yemen an. In diesen Ländern sind 64% der gesamten nachgewiesenen Weltölreserven angesiedelt. Hiervon konzentrieren sich 98% auf die fünf Staaten Iran, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und

schließlich die beiden Staaten Mexiko und Venezuela) vereinigen den gesamten Weltanstieg der Reserven in Höhe von 400 Milliarden Faß auf sich. Der Rest der Welt verfügte Ende 1998 über ebensoviel nachgewiesene Ölreserven wie 1978. Dabei glich sich der Rückgang in Europa, den USA/Kanada und der früheren Sowjetunion mit den Anstiegen in Afrika (Nigeria und Algerien) und Asien/Pazifik aus. Doch auch letztere Regionen verloren trotz des absoluten Anstiegs ihrer Reserven relative Weltmarktanteile.

Der Anteil der Regionen an den Weltreserven steht in einem wachsenden Spannungsverhältnis zu ihrem Produktions- und damit ihrem Weltmarktanteil.

Tabelle 2
Regionale Verteilung der Erdölproduktion (Millionen Faß pro Tag)

	1988	Anteil	1998	Anteil
Mittlerer Osten	15,4	24%	22,8	31%
Frühere				
Sowjetunion	12,6	20%	7,4	10%
Europa	4,5	7%	6,9	9%
USA/Kanada	11,8	19%	10,7	15%
Lateinamerika	7,0	11%	10,2	14%
Afrika	5,7	9%	7,5	10%
Asien/Pazifik	6,2	10%	7,6	10%
Welt	63,3	100%	73,1	100%

Quelle: *BPAmoco*, Statistical Review of World Energy, Juni 1999, S. 7.

VAE. Diese fünf Staaten besitzen also 63% der gesamten nachgewiesenen Weltölreserven, Saudi-Arabien allein über 25%, die vier anderen Staaten über jeweils zwischen 8,5% und 10,7%. Die OPEC, der die fünf weiteren ölfördernden Staaten – Indonesien, Algerien, Libyen, Nigeria und Venezuela – angehören, vereinigt 76% der bekannten Weltreserven auf ihrem Territorium, 84% hiervon fallen auf die Länder des Mittleren Ostens. Quelle: *BPAmoco*, Statistical Review of World Energy, Juni 1999, S. 4.

Trotz eines signifikanten Rückgewinns an Marktanteilen war der Anteil der Staaten des Mittleren Ostens an der Weltölproduktion (31%) Ende der 90er Jahre nur halb so groß wie ihr Anteil an den Weltölreserven (64%). Dagegen hat Europa mit nur 2% Anteil an den Weltölreserven seinen Marktanteil an der Weltproduktion auf 9% gesteigert (Tabelle 2). Ein solches Auseinanderklaffen von Produktion und Reserven wird sich nicht dauerhaft aufrechterhalten lassen. Die internationale Energieagentur geht davon aus, daß der Anteil des Mittleren Ostens an der Weltölproduktion zwischen 1996 und 2010, also in nur 14 Jahren, von 26% auf 47% ansteigt (Tabelle 3).

Der dramatische Wandel zurück zum Mittleren Osten als dem künftig mit Abstand wichtigsten Ölversorger des Weltmarktes geht aus Tabelle 4 hervor. Die Prognose der Internationalen Energieagentur macht erstens für die OECD-Länder deutlich, daß der Anstieg der Nachfrage von 41,4 auf 48,1 Millionen Faß in Verbindung mit dem Rückgang der Eigenproduktion um 5 Millionen Faß zu einer erheblichen Steigerung des Nettoimports (von 23 auf 34,7 Millionen Faß) führen wird. Gleichzeitig werden zweitens die Nettoexporte Afrikas und Lateinamerikas wegen der steigenden Nachfrage innerhalb der jeweiligen Region zurückgehen, so daß neben der Region des Mittleren

Tabelle 3
Anteil des Mittleren Ostens an der Weltölproduktion* 1996–2020
(Millionen Faß pro Tag und Prozent)

	1996		2010		2020	
Mittlerer Osten	18,5	26%	43,8	47%	49,0	55%
Rest der Welt	52,0	74%	48,9	53%	40,8	45%
Welt	70,5		92,7		89,9	

* Ausschließlich unkonventionelles Öl (Ölschiefer etc.).

Quelle: *International Energy Agency*, World Economic Outlook, 1998, S. 101.

Tabelle 4
Regionale Verteilung von Erdölproduktion, Erdölverbrauch und Erdölimport 1996/2010
(Millionen Faß pro Tag)

	1996			2010		
	Produktion	Verbrauch	Nettoimport	Produktion	Verbrauch	Nettoimport
OECD Nordamerika	11,1	20,3	9,3	8,6	23,4	14,8
OECD Europa	6,7	14,4	7,7	4,5	17,0	12,5
OECD Pazifik	0,7	6,7	6,0	0,3	7,7	7,4
OECD	18,4	41,4	23,0	13,4	48,1	34,7
Rußland und kaspische Staaten (Transformationsländer)	7,3	5,5	-1,8	10,2	7,2	-3,0
Mittlerer Osten	20,4	4,1	-16,3	44,7	4,9	-39,7
Afrika	7,7	2,2	-5,5	7,8	3,3	-4,6
Lateinamerika	9,8	6,3	-3,5	10,4	9,0	-1,4
China	3,1	3,6	0,5	3,2	7,1	3,9
Übriges Asien	3,7	8,5	4,8	2,9	14,2	11,3
Welt	70,5	71,7	1,1	92,7	94,2	1,5

Quelle: *International Energy Agency*, World Energy Outlook 1998, S. 117.

Ostens allein die Transformationsländer ein Wachstum der Nettoexporte (um 1,2 Millionen Faß pro Tag) aufweisen können. Die Folge ist schließlich, daß die Region des Mittleren Ostens ihre Nettoexporte um mehr – nämlich 23,4 Millionen Faß pro Tag – als das gesamte Weltnachfragewachstum (22,2 Millionen Faß pro Tag) steigern muß, um die Weltölbilanz im Gleichgewicht zu halten. Dies bedeutet weit mehr als eine Verdoppelung ihrer Exporte (von 16,3 auf 39,7 Millionen Faß pro Tag) innerhalb von 14 Jahren.

Geht man davon aus, daß mit dem Rückgewinn der Funktionsfähigkeit des OPEC-Kartells, der mit wachsenden Marktanteilen nur noch stabilisiert werden kann, auch die Möglichkeit gegeben ist, den Ölpreis relativ hochzuhalten – derzeit geht die OPEC von einem Fenster von 22 bis 28 Dollar aus, das eher nach oben ausgeweitet wird –, so ergibt sich daraus gegenüber den 90er Jahren eine Vervielfachung der jährlichen Einnahmen aus Ölexporten, die zugleich auch einen politischen Machtzuwachs bedeuten werden. Das Preisfenster wäre in dem Sinne gut gewählt, daß die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Entgleitens der Angebotsmacht gering ist, weil bei diesem Preisrahmen weder eine kräftige Reduzierung des Nachfragewachstums noch eine massive Substitution von OPEC-Öl durch andere Ölanbieter oder durch andere Energieträger zu erwarten ist. Dennoch würde ein von der OPEC stabilisierter Ölpreis in der Größenordnung von (real) mindestens 25 Dollar Investitionen in Regionen begünstigen, die über vermutete Ressourcen oder gesicherte Reserven verfügen. Dies trifft ganz besonders auf die Region des Kaspischen Meeres zu, wo die Diskrepanz zwischen den relativ geringen gesicherten Reserven (ca. 20 Milliarden Faß) und den wahrscheinlichen und möglichen Ressourcen wegen der wenig gründlichen Erkundung³¹ besonders groß ist.

In diesem Sinne hat zwar mit der erneuten Funktionsfähigkeit des OPEC-Kartells und damit der Umkehr des Verbrauchermarktes zu einem Anbieter-

³¹ Die kaspische Region ist wegen ihrer geographischen Lage für Großgerät wie Ölbohrausrüstung schwer zugänglich (am ehesten über das russische Kanalsystem und die Wolga). Deshalb wurde bisher nur ein Minimum an schwerem Gerät dorthin geschafft. Die vorhandene Bohrausrüstung, die im Kaspischen Meer zu wechselnden Standorten geschafft wird, ist auf Jahre hinaus ausgebucht. Erst neuerdings wurden zusätzliche Geräte auf den langen Weg zum Kaspischen Meer gebracht.

markt eine zyklische Rückkehr zur Situation der 70er Jahre stattgefunden. Es ist jedoch zu hoffen, daß das langfristige Interesse der OPEC an einer stabilen Entwicklung auf hohem (Preis- und Mengen-) Niveau eine Wiederholung der Sprünge der 70er und frühen 80er Jahre unwahrscheinlich macht. Gleichwohl sind die Interessen ihrer Mitglieder von Irak bis Venezuela so unterschiedlich angelegt und keineswegs nur langfristig ausgerichtet, daß aus dieser Unsicherheit ein beträchtliches Risiko für die Entwicklung der Weltwirtschaft erwächst.

Der Welterdgasmarkt

Auch wenn das Erdgas dem Öl im Energieverbrauchs mix global und vor allem in den Industrieländern stetig Marktanteile abnimmt, weil insbesondere im Bereich der Heizung und der Kraftwerke, aber theoretisch auch im Verkehr Substitutionsmöglichkeiten gegeben sind, so unterscheiden sich Öl und Gas doch als Weltmarktprodukte gravierend. Der Grund hierfür liegt vor allem in der unterschiedlichen Transportierbarkeit. Während Öl (bzw. Benzin) zu den Zapfsäulen der Tankstellen oder zu den Heizungstanks per Pipeline, Tanker, Eisenbahn oder Lastwagen recht flexibel transportiert werden kann, wird Erdgas in der Regel von der Produktionsstätte bis zum gegebenenfalls viele Tausende Kilometer entfernten Endverbraucher (Gasherd, Gasheizung) in einem geschlossenen Pipeline-Netz transportiert. Ausnahmen sind erstens die Flüssiggastransporte (Liquified Natural Gas, LNG) per Tanker, die technisch und aus Sicherheitsgründen (Explosionsgefahr) anspruchsvoll und teuer sind und eine Infrastruktur in den Häfen erfordern, deren Wirtschaftlichkeit nur in wenigen Fällen gegeben ist. Weniger als ein Viertel des internationalen Gastransports und praktisch kein innerstaatlicher Transport erfolgt mittels LNG. Der größte Anteil von LNG-Transporten findet zwischen Australien, Südost- und Ostasien statt, weil es Japan und Korea an anderen Optionen mangelt, Erdgas per Pipeline zu importieren. Die zweite Ausnahme bildet der Transport von Behältern mit komprimiertem Gas, ein besonders teures Verfahren, das insbesondere zur Erreichung entlegener Gebiete angewandt wird, wo die Verlegung einer Leitung im Vergleich zu der Bedarfsmenge einen zu großen Aufwand bedeuten würde. Prinzipiell erfordert die Gasversorgung eines Landes ein Leitungsnetz, über

das wegen des Infrastrukturaufwandes in der Regel nur die Industrieländer verfügen.

Auch der Erdgastransport mittels Pipeline ist pro Energieeinheit und Kilometer gerechnet wegen der geringeren Dichte von Erdgas pro Raumeinheit um ein mehrfaches teurer als bei Erdöl. Aus diesem Grund finden weite Transporte nur statt, wo dies aufgrund fehlender Alternativen zur Deckung der Nachfrage unabdingbar ist. Deshalb bildet sich, anders als bei Erdöl, kein Weltmarkt heraus, sondern regionale Märkte, die aufgrund der fehlenden Transportflexibilität keine Wettbewerbsmärkte darstellen. In der Regel versucht der Anbieter, bereits bevor er große Erschließungsinvestitionen tätigt, in Verhandlungen mit dem Abnehmer sowohl die Investition der Transportinfrastruktur zwischen Produzenten und Verbraucher sicherzustellen, als auch langfristige Lieferabkommen abzuschließen. Solche Abkommen wurden in der Vergangenheit auf der Basis von »Take or Pay«(TOP)-Abkommen geschlossen, das heißt, dem Abnehmer ist nicht nur während der langen Vertragsgültigkeit die Option verwehrt, auf dem Markt nach günstigeren Angeboten Ausschau zu halten, er kann auch nicht die Nachfragemengen reduzieren, ohne trotzdem zur Kasse gebeten zu werden. Da angesichts der unvorhersehbaren Preisentwicklung alternativer Energieträger und der Kostenentwicklung bei Erdgas nicht auch noch der Preis für Jahrzehnte festgeschrieben werden kann, wird in der Regel eine Preisbindung an den erfahrungsgemäß beträchtlich schwankenden Ölpreis vereinbart, um damit dauerhaft die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem wichtigsten Energieträger sicherzustellen.

Erst mit der Liberalisierung des Erdgasmarktes in Europa, womit insbesondere die Demonopolisierung der Handelsgesellschaften und die Durchleitungsfreiheit für alle Wettbewerber auch durch Leitungen, die privaten Gesellschaften gehören, gemeint ist, sind notwendige Voraussetzungen für einen echten Wettbewerb sowie die Möglichkeit zu einer Marktpreisbildung bei Erdgas gegeben. Auf dem nordamerikanischen Markt hat diese Liberalisierung bereits stattgefunden. Von ihm unterscheidet sich der europäische Markt insofern signifikant, als Anbieter von außerhalb der Region (Rußland, Algerien, Nigeria, in Zukunft voraussichtlich auch der Mittlere Osten und die kaspische Region) auf diesen Markt drängen und mit den europäischen Anbietern (Norwegen, Großbritannien, Niederlande) im Wettbewerb stehen. Dagegen ist der nord-

amerikanische Markt wegen der genannten Unwirtschaftlichkeit transkontinentaler Transportwege ein geschlossener Markt. Dementsprechend ist es schwieriger, hier einen effizienzsteigernden Wettbewerb zu organisieren. In allen anderen Weltregionen fehlen auf absehbare Zeit die Voraussetzungen für eine Liberalisierung des Erdgasmarktes.

Tabelle 5 zeigt die Verteilung der bekannten Erdgasreserven, die sich insbesondere auf die Regionen Frühere Sowjetunion (39%) und Mittlerer Osten (34%) konzentrieren, welche zusammen fast drei Viertel der Weltreserven beherbergen.

Tabelle 5
Regionale Verteilung der nachgewiesenen Erdgasreserven (Trillionen m³ und Prozent)

	<i>Ende</i> <i>1978</i>	<i>Anteil</i> <i>%</i>	<i>Ende</i> <i>1998</i>	<i>Anteil</i> <i>%</i>
Mittlerer Osten	20,7	39	49,5	34
Frühere SU	25,8	36	56,7	39
Europa	4,4	6	5,2	3,5
USA/Kanada	7,5	11	6,6	4,5
Lateinamerika	3,2	5	8,0	5
Afrika	5,3	7	10,2	7
Asien/Pazifik	4,1	6	10,2	7
Welt	70,9	100	146,4	100

Quelle: *BPAmerica*, Statistical Review of World Energy 1999, S. 20.

Zwar ist die statistische Erfassung der früheren Sowjetunion als Region wegen des immer noch bestehenden Pipeline-Netzes gerechtfertigt. Längerfristig wird jedoch die postsowjetische kaspische Region versuchen, andere Transportrouten aufzubauen, um unabhängig von Rußland Erdgas transportieren zu können. Deshalb lohnt auch eine getrennte Betrachtung von Rußland und den postsowjetischen südlichen Nachbarn. Rußland allein verfügt über knapp 33% der bekannten Erdgasreserven, während die kaspische Region 1998 mehr als 5% mit stark wachsender Tendenz besaß. Das heißt, die Region des Mittleren Ostens und die kaspische Region, die derzeit beide mangels geeigneter Transportinfrastruktur kaum Erdgas exportieren können, verfügen zusammen über 39% der Weltreserven mit wachsender Tendenz, während Rußland, der mit Abstand größte Erdgasexporteur der Welt, weniger Ressourcen besitzt.

Tabelle 6 zeigt, daß der Anteil der Ressourcen und der Anteil der Produktion wie bei Öl weit auseinanderklaffen. Zwar entspricht die Produktion der früheren Sowjetunion etwa ihrem Ressourcenanteil, der Mittlere Osten dagegen produziert viel

zu wenig, so daß sich ein starker Exportdruck aufbaut, während die Regionen Nordamerika und Europa mit ihrer hohen Produktion einer Erschöpfung ihrer Ressourcen Vorschub leisten.

Tabelle 6
Regionale Verteilung der Erdgasproduktion
(Milliarden m³ pro Jahr)

	1988	Anteil %	1998	Anteil %
Mittlerer Osten	93	5	181	8
Frühere SU	718	38	644	28
Europa	217	12	274	13
USA/Kanada	584	31	704	31
Lateinamerika	81	4	122	5
Afrika	59	3	101	4
Asien/Pazifik	133	7	246	11
Welt	1885	100	2272	100

Quelle: *BPAmoco*, Statistical Review of World Energy 1999, S. 22.

Tabelle 7
Regionale Verteilung von Erdgasproduktion, Erdgasverbrauch und Erdgasnettoimport 1995/2010 (Milliarden m³)

	1995			2010		
	Produktion	Verbrauch	Nettoimport*	Produktion	Verbrauch	Nettoimport*
OECD Nordamerika	897	911	14	1148	1148	0
OECD Europa	300	456	156	417	766	349
OECD Pazifik	46	109	63	117	180	63
Afrika	113	60	-53	198	106	-92
Mittel-, Südamerika	102	102	0	201	201	0
Süd-, Ostasien (exkl. China)	219	166	-53	413	406	-7
China	25	25	0	85	85	0
Transformationsländer	886	756	-130	1225	978	-247
Mittlerer Osten	166	159	-7	325	247	-78
Welt	2 754	2744	-10	4129	4117	-12

* Den Nettopartnern sind auch die Veränderungen der Lagerbestände zugerechnet.

Quelle: *International Energy Agency*, World Energy Outlook, 1998, S. 134.

Nach Schätzung der Internationalen Energieagentur (IEA) wird sich die globale Versorgung mit Erdgas bis zum Jahr 2010 drastisch verändern. Zum einen wird der Welterdgasverbrauch zwischen 1995 und 2010 um 50% (jahresdurchschnittlich 2,7%) steigen, während die Vergleichszahl bei Erdöl 31% (bzw. 1,8% im Jahresdurchschnitt) beträgt. Zum andern findet eine gravierende Verschiebung

einiger interregionalen Export- und Importströme statt, wie Tabelle 7 zeigt.

Einige Regionen werden wegen ihrer geographischen Distanz zu anderen Märkten und ihrer eigenen Ressourcenausstattung auch im kommenden Jahrzehnt praktisch geschlossene Märkte darstellen. Dazu gehören die Regionen Nordamerika, Mittel- und Südamerika und nach Einschätzung der

IEA auch China, hier jedoch mehr aus Kapitalmangel. Im Raum OECD Pazifik (Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland) erwartet die IEA zwar wachsende Produktions- und Verbrauchszahlen, doch keine steigenden Importe von außen. Der Grund sind die eingespielten LNG-Transporte.

Drastisch verändern wird sich Europa als der heute schon größte Importmarkt. Nach den Schätzungen in Tabelle 7 wird Europa 85% des gesamten interregional gehandelten Erdgases aufnehmen. Europa kommt damit praktisch ein weltweites Importmonopol von Erdgas zu, das über die Grenzen der aufgelisteten neun Weltregionen exportiert wird. Die drei größten Nettoexporteure – die Frühere Sowjetunion (in diesem Fall identisch mit Transformationsländer), der Mittlere Osten und Afrika – müssen also auf den europäischen Markt drängen, wenn sie ihre Produktion absetzen wollen. Allenfalls für den Mittleren Osten besteht noch die Chance einer Versorgung des Raumes OECD-Pazifik, längerfristig werden sich auch in Südasien und China Nachfragemärkte bilden. Doch werden diese auch nicht bis zum Jahr 2020 Größenordnungen erreichen, die angesichts des großen Produktionspotentials Europa, und die Entfernungen – und damit der Kostenfaktor – sind beträchtlich, doch ist die Entfernung von Iran/Turkmenistan, den Hauptproduzenten in der Region, nicht größer als von Westsibirien, mit den heute für die Versorgung Europas wichtigsten Erdgaslagern. Dazu kommt begünstigend, daß zwischen der Region des Mittleren Ostens und dem Kaspischen Meer einerseits und Europa andererseits insbesondere die Türkei liegt, die selbst ein gewaltiges Wachstum der Erdgasnachfrage aufweist. Diese Zahlen sprechen also ganz ausdrücklich dafür, die Region des Kaspischen Meeres und des Mittleren Ostens (fast 50% der Reserven des Mittleren Ostens liegen in Iran) durch eine Pipeline hoher Kapazität an den europäischen Markt anzubinden.

Potential und Entwicklung des kaspischen Raumes

Das Energiepotential des kaspischen Raumes ist, was die *gesicherten* Erdölreserven betrifft, in grober Annäherung um den Faktor 10 und bei den gesicherten Erdgasreserven um den Faktor 5 kleiner als die des Mittleren Ostens. Dieser Größenordnung muß man sich bewußt sein, wenn man sich mit der

wachsenden Bedeutung dieser Region befaßt. Doch ist der Raum viel weniger erkundet als die Golf-Region, so daß hier Überraschungen bezüglich der Größenordnung der Ressourcen durchaus noch möglich sind.

Das Energiepotential

John Browne, Vorstandsvorsitzender von British Petroleum, nannte die kaspische Region 1998 »the greatest unexplored and underdeveloped oil province in the world.«³² Auch in der konservativen Prognose der IEA (siehe Tabelle 4) ist neben der Region des Mittleren Ostens als einzige weitere Region in der Welt, die bis 2010 ihren Nettoexport an Öl steigern kann, die der Transformationsländer genannt. In der Region der Transformationsländer kommt wiederum praktisch nur der kaspische Raum für eine Exportsteigerung in Frage, da Rußland bei einer wachsenden Wirtschaft seine möglichen, aber nicht gesicherten Produktionssteigerungen selbst benötigen wird. Dazu kommen neue Entdeckungen vor allem im kasachischen, aber auch im russischen und iranischen Off-shore-Gebiet, welche die moderaten Erwartungen von vor zwei Jahren beträchtlich übertreffen. Das im Jahr 2000 entdeckte Kashagan-Feld im kaspischen Schelf (Kasachstan) wird von dem mit seiner Erschließung beauftragten Konsortium, bestehend aus neun amerikanischen, europäischen und japanischen Ölfirmen, als »the largest undrilled structure in the world«³³ bezeichnet. Vorsichtige Schätzungen gehen von Reserven in Höhe von 12 bis 15 Milliarden Faß aus.³⁴ Kasachische Offizielle rechnen mit einem Volumen von mindestens 50 Milliarden Faß.³⁵ Im iranischen Off-shore-Gebiet wurde in jüngster Zeit erstmals ein Feld entdeckt, dessen Größe auf 2,5 bis 3 Milliarden Faß taxiert wird.³⁶ In einer ähnlichen Größenordnung bewegen sich die neuen Funde im russischen Sektor des Kaspischen Meeres. Wegen der schwierigen Erreichbarkeit der Ölfelder für das Großgerät zur Erkundungsausrüstung gibt es nur wenig davon. Deshalb kommt die Erkundung nur schleppend voran. Sicher ist, daß die Entwicklungs-

32 Turkistan Newsletter, 26.2.1998.

33 Turkistan Economy Bulletin, 4.8.2000.

34 Turkistan Economy Bulletin, 17.9.2000.

35 Turkistan Economy Bulletin, 5.9.2000.

36 Turkistan Economy Bulletin, 15.9.2000.

Tabelle 8
Produktion, Verbrauch und Nettoexport* von Erdöl in den Kaspi-Staaten
(in Millionen Tonnen)**

	1990	1995	2000	2005	2010	2020
Kasachstan						
Produktion	25,2	20,5	42,5	62,5	87,5	145,0
Verbrauch	27,2	10,4	17,8	29,0	38,5	68,0
Nettoexport	-2,0	10,1	24,7	33,5	48,0	77,0
Aserbaidshon						
Produktion	12,3	9,2	14,0	27,5	57,5	105,0
Verbrauch	8,6	7,0	10,2	13,0	14,9	23,9
Nettoexport	3,7	2,2	3,8	14,5	42,6	81,1
Turkmeniston						
Produktion	3,4	3,5	8,0	8,7	9,5	11,0
Verbrauch	4,8	5,7	6,5	6,7	7,0	8,0
Nettoexport	-1,4	-2,2	1,5	2,0	2,5	3,0

* Nettoexport bedeutet Exporte minus Importe.

** Die in dieser Tabelle angegebenen Zahlen sind Durchschnittswerte der beiden von der IEA angegebenen Szenarien (high case and low case).

Quelle: *International Energy Agency*, *Caspian Oil and Gas* 1998, S. 51.

möglichkeiten dieser Region aus Sicht des Weltölmarktes eine willkommene Entlastung zu dem sich abzeichnenden Rückgang der europäischen und nordamerikanischen Ölproduktion³⁷ und wenigstens ein kleines Gegengewicht zu der zunehmenden Monopolisierung des Weltölmarktes durch die OPEC bieten können.

Tabelle 8 zeigt eine Projektion der IEA zur Entwicklung der Ölproduktion in den kaspischen Ländern. Nach einem Rückgang, der in den 70er Jahren begann und bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre anhielt, ist die Wende zum Produktionswachstum nunmehr erreicht, allerdings wurden wegen der niedrigen Ölpreise 1998 die Investitionen zurückgenommen, so daß für das Jahr 2000 inzwischen niedrigere Produktionszahlen erwartet werden (zum Beispiel für Kasachstan nur ca. 33 Millionen Tonnen). Ungeachtet dessen sind die Produktionszahlen angesichts der Verdreifachung des

³⁷ 1999 ging die Ölproduktion in Westeuropa gegenüber dem Vorjahr um 0,5% und in Nordamerika (ohne Mexiko) um 1,2% zurück (Quelle: *Petroleum Economist*, Mai 2000, S. 37). Bei gleichbleibender Produktion (Stand 1999) wären die gesicherten Reserven in Nordamerika und Westeuropa in neun Jahren aufgebraucht. Würden Nordamerika und Westeuropa ihren Ölverbrauch ausschließlich aus eigener Produktion decken, so wären die Reserven in 4,5 Jahren aufgebraucht (Quelle: *BPAmerica*, *Statistica Review of World Energy*, 1999).

Rohölpreises und der dadurch bedingten Investitionsanreize für 2005 und später durchaus noch erreichbar.

Anders sieht das Potential im Erdgasbereich insofern aus, als bis zum Ende der Sowjetära beträchtliche und wachsende Mengen insbesondere in Turkmenistan produziert wurden, diese Produktion aber in den 90er Jahren drastisch zurückging, und zwar nur zum kleinen Teil wegen mangelnder Investitionen und Modernisierung im Produktionsbereich oder gar versiegender Reserven, sondern vielmehr wegen mangelnder Transportmöglichkeiten, nachdem das sowjetische Pipeline-Netz für gewinnbringende Exporte nicht oder kaum mehr zur Verfügung stand und sich bisher alternative Transportmöglichkeiten nur in geringem Maße entwickelten. Tabelle 9 zeigt jedoch, daß auch hier mit einem Wiederanstieg der Produktion gerechnet wird, jedoch langsamer als bei Öl, weil die Transportlösungen wegen des geographisch und technisch begrenzten Nachfragepotentials weniger vorangetrieben sind als bei Öl.

Tabelle 9 geht im Falle Turkmenistans davon aus, daß erst nach 2010 die Exportmengen von 1990 wieder realisiert werden können. Im Vergleich zu 1995 ergeben sich bis 2020 allerdings große Wachstumsraten. Unterschätzt ist sicher das Exportpotential Aserbaidshans. Erst im Mai 2000

Tabelle 9

**Produktion, Verbrauch und Nettoexport von Erdgas in den Kaspi-Staaten
(in Milliarden Kubikmeter*)**

	1990	1995	2000	2005	2010	2020
Kasachstan						
Produktion	7,0	5,9	8,9	13,5	22,0	27,0
Verbrauch	14,7	12,5	13,8	17,2	23,2	27,0
Nettoexport	-7,7	-6,6	-4,9	-3,7	-1,2	0,0
Aserbaidshjan						
Produktion	9,9	6,7	7,4	14,2	19,2	26,0
Verbrauch	13,6	7,3	7,4	9,2	11,0	17,9
Nettoexport	-3,7	-0,6	0,0	5,0	8,2	8,1
Turkmenistan						
Produktion	84,3	35,6	39,8	55,1	80,8	123,7
Verbrauch	14,5	9,8	9,5	10,7	12,9	17,0
Nettoexport	69,7	25,8	30,3	44,4	67,9	106,7

* Die in der Tabelle angegebenen Zahlen sind Durchschnittswerte aus den beiden Szenarien (high case und low case).

Quelle: *International Energy Agency*, Caspian Oil and Gas, Paris 1998, S. 52.

stellte sich heraus, daß das als ergiebige Ölresourcource vermutete Off-shore-Feld Schah Deniz viel mehr Erdgas als Öl enthält. Dementsprechend sucht sich Aserbaidshjan seit dieser Entdeckung als Erdgasexporteur zu positionieren.

Das Entwicklungsproblem

Für die neuen unabhängigen Staaten der kaspischen Region ergibt sich aus den Energiereserven eine einzigartige Entwicklungsmöglichkeit. Gemessen an dem Sozialprodukt dieser Länder – Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidshjan verfügen zusammen über ein jährliches Bruttosozialprodukt (BSP) von 30 Milliarden Dollar, rechnet man die Südkaukasus-Staaten Armenien und Georgien hinzu, sind es 37 Milliarden Dollar³⁸ – nehmen die Ölreserven allein einen Wert in Höhe des 20- bis 30-fachen des BSP aller fünf Länder ein. Die Gasreserven addieren sich zu einem ähnlich hohen Wert.³⁹

³⁸ *World Bank*, Global Development Finance 1999, Washington, D.C. 1999.

³⁹ Der bei dieser Rechnung zugrunde gelegte Preis pro Faß in Höhe von 25 Dollar (Äquivalent bei Gas) entspricht allerdings dem Gesamtpreis einschließlich der impliziten Kosten für Verarbeitung und Transport. Demnach wird

Die Relation von Ressourcenwert und Sozialprodukt ist in keiner anderen Region der Welt so hoch. Insofern ist die Euphorie über die Unabhängigkeit innerhalb der Region verständlich, doch zeigt die Erfahrung der vergangenen zehn Jahre, daß drei gewichtige Gründe einer nutzbringenden Erschließung und Entwicklung im Wege stehen können: die Geographie (Abgeschnittenheit vom offenen Meer bei krisenhaften Transitregionen), die geringe Befähigung zu staatlicher Selbstorganisation (governance) und die strategischen Begehrlichkeiten äußerer Mächte.

Geographie

Die neuen unabhängigen Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres benötigen für die Verbindung zum Weltmarkt Transitwege über Nachbarregionen. Zählt man die ebenfalls von den Weltmeeren abgeschnittenen übrigen Staaten Zentralasiens (Usbekistan, Kirgistan, Tadschikistan) zu der Region als Ganzes hinzu, so ist diese von sechs Staaten umgeben:

- **Rußland**, der vormaligen dominanten Macht in der Kolonialzeit des 19. Jahrhunderts und während der Sowjetära, von dem die Staaten Unabhängig-

zwar der größere Teil dem Produzentenland zugute kommen, aber nicht der Gesamtpreis.

- keit suchen, gerade um ihre Staatlichkeit entwickeln zu können, und dessen Transitrouten im nördlichen Kaukasus (Dagestan, Tschetschenien) krisenbedingt instabil sind;
- **China**, das die Verbindung zum Pazifik bedienen könnte, das aber wegen der riesigen Entfernung vom Kaspischen Meer zum Pazifik, der mangelnden Infrastruktur und seines politischen Anspruchs als wichtige Verbindung zum Weltmarkt nicht in Frage kommt;
 - **Afghanistan**, das selbst vom Meer abgeschnitten ist und allenfalls zusammen mit Pakistan Transitfunktion übernehmen könnte, das über keine angemessene Infrastruktur verfügt, dem vor allem aber die politische Stabilität fehlt;
 - **Iran**, dessen Bedeutung als Partner durch die US-Sanktionen minimal gehalten wird und das mit Aserbaidschan beträchtliche politische Dissonanzen (insbesondere wegen der aserbaidschischen Minderheiten in Iran) aufweist, das aber wichtige Transitfunktionen unter veränderten politischen Konstellationen gewinnen könnte;
 - **Armenien**, selbst vom Meer abgeschnitten, das in Verbindung mit der Türkei als Transitland fungieren könnte, das aber wegen des Konflikts um Nagorno Karabach (siehe Kapitel *Halbach*) von beiden Nachbarn, Aserbaidschan und Türkei, isoliert wird;
 - **Georgien**, ein kleines Land mit ungelösten Konflikten (siehe *Halbach*-Kapitel), das aber wirtschaftsgeographisch wesentliche Voraussetzungen als wichtigstes Transitland der Region erfüllt. Es bedarf keiner vertieften Analyse, daß aus Sicht der Produzentenländer die Nachbarn China und Afghanistan als Haupttransitstaaten nicht in Frage kommen, daß Iran nicht nur mit amerikanischen Sanktionen belegt ist, sondern geographisch nicht günstig zur Erreichung des wichtigsten Absatzmarktes, nämlich Türkei und Europa, gelegen ist, und schließlich daß Armenien, selbst wenn der Nagorno-Karabach-Konflikt einer Lösung zugeführt würde, noch über einen langen Zeitraum mit den verfeindeten Nachbarn vertrauensbildende Maßnahmen entwickeln müßte, um als wichtiges Transitland in Frage zu kommen. Rußland wird zwar gewiß einen beträchtlichen Teil des kasachischen, vielleicht auch des turkmenischen Energie-transportes übernehmen. Doch werden diese Länder, noch mehr Aserbaidschan, aus Erfahrungen, die weit in die 90er Jahre hineinreichen, Wert darauf legen, daß sich die Abhängigkeit von Rußland in

Grenzen hält. So liegen die größten Hoffnungen auf Georgien als Tor zum Weltmarkt, sei es über die georgischen Häfen am Schwarzen Meer oder via Türkei zum Mittelmeer. Es bietet den nächsten Weg zum großen europäischen/türkischen Markt. Weitere Optionen läßt die Geographie nicht zu.

Staatsbildung

Die Staatsbildung hat in dieser Region noch nicht einen Stand erreicht, der eine effiziente Nutzung der Energiereserven als Entwicklungsmotor und verlässliche Belieferung des Weltmarktes zuläßt. Demokratische und marktwirtschaftliche Grundprinzipien sind nicht hinreichend etabliert. Das Gewaltmonopol des Staates ist durch viele gewaltsame Konflikte in Frage gestellt, eine rechtsstaatliche Ordnung ist nur rudimentär vorhanden, Menschenrechte und Minderheiten werden nicht hinreichend geschützt, die inländische Wettbewerbsordnung und der Schutz ausländischer Investitionen sind unzureichend geregelt, und internationale Abkommen werden nicht verlässlich eingehalten. Dies alles trifft in unterschiedlichem und sich ständig veränderndem Maße auf die betreffenden Staaten zu, doch schränken die Defizite in allen Ländern die Entwicklungsmöglichkeiten ein. Die Energieerschließung selbst ist hiervon am wenigsten betroffen. Die Einhaltung ihrer Verträge wird weitgehend von der Staatsführung gedeckt, wohlwissend, daß die Abhängigkeit von den internationalen Unternehmen und Konsortien gegeben ist und die Voraussetzung für jeglichen Geld- und Kapitalimport darstellt. Dieses »give and take« funktioniert besser als zum Beispiel in Rußland, wo der Anspruch besteht, über alle Voraussetzungen zu einer effizienten Entwicklung selbst zu verfügen. Jedoch funktioniert die Differenzierung einer wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen unabhängigen Staaten unzureichend aufgrund des hohen Maßes an bürokratischer Ineffizienz und Korruption sowie des geringen Verständnisses dafür, daß Marktwirtschaft nur unter Bedingungen eines offenen und fairen Wettbewerbs ihre Wirksamkeit entfalten kann und dafür Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, die gegen die Interessen auch einzelner Mächtiger durchzusetzen sind.

Die Begehrlichkeit äußerer Mächte

Die Begehrlichkeit äußerer Mächte hat nach Auflösung der Sowjetunion nirgendwo so wirksam in eine Region hineingewirkt wie im kaspischen

Raum. Unzählige Medienartikel befaßten sich mit der Neuauflage des »Great Game« (Rudyard Kiplings Beschreibung des kolonialen Machtspiels zwischen England und Rußland im 19. Jahrhundert). Die James-Bond-Verfilmung trug weiter zur Popularisierung dieses Machtpokers bei. Die meisten Beschreibungen weckten Assoziationen, als würde sich nationale Machtentfaltung am Ende des 20. Jahrhunderts wie in der Hoch-Zeit des Imperialismus im Streben nach der (monopolistischen) Verfügung über Ressourcen ausdrücken und als sei hier mit der Auflösung der Sowjetunion ein Machtvakuum entstanden, das zu füllen sich die großen Mächte anschicken.⁴⁰ Dies reflektiert die tatsächliche Entwicklung nur höchst bedingt.

Unbestreitbar ist, daß die umgebenden Regionalmächte *Rußland, Türkei und Iran* versuchen, ihren Einfluß in der Region zu bewahren (Rußland) bzw. in diese Region hinein auszudehnen (Türkei, Iran). Beides ist verständlich. Rußlands Bemühen, die energieträchtige Region zum Kernstück der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu entwickeln, beruht darauf, daß es die einzige Region der GUS ist, die für Rußland keine wirtschaftliche Belastung darstellt und die am längsten der über den Zerfall der Sowjetunion andauernden Wirtschafts- und Währungsunion mit Rußland (Rubelzone) angehörte. Die Türkei sieht naturgemäß die Chance, sich als Zentrum zu profilieren, weil sie das wirtschaftlich potenteste Land aller Turkvölker ist, denen die neuen unabhängigen Staaten (außer Tadschikistan) angehören. Iran sieht eine Chance, durch enge Kooperation mit den Nachbarn im Norden aus seiner wirtschaftlichen Isolation auszubrechen. Diese Bestrebungen sind natürliche Folgen der notwendigen Neuordnung im postsowjetischen Raum und haben sowenig mit Neo-Imperialismus zu tun wie die Osterweiterung der Europäischen Union.

Die Vermutung eines geopolitischen Spiels mit machtpolitischen Zügen wird allerdings durch das beherrliche *Engagement der USA* in der Region genährt. Offizielle US-Darstellungen heben zwar als wichtigste Motive die Unterstützung demokratischer Staatenbildung und die Schaffung von günstigen Entwicklungsbedingungen in der Region

⁴⁰ Stellvertretend für die Fülle von Literatur sei hier lediglich eine intelligente und eingängige Darstellung aufgelistet: Rudolph *Chimelli*, *Öl und Opium*, Zürich: Vontobel-Stiftung, 2000.

hervor.⁴¹ Doch Zbigniew Brzezinski betont die geostrategische Komponente, wenn er schreibt:

»American Foreign Policy must remain concerned with the geopolitical dimension and must employ its influence in Eurasia in a manner that creates a stable continental equilibrium, with the United States as the political arbiter.«⁴²

Kritisch zu diesem geopolitischen Strategieansatz, weil unter den gewandelten Spielregeln der Globalisierung kontraproduktiv, äußern sich zum Beispiel die angesehenen amerikanischen Wissenschaftler Amy Myers Jaffe (Baker Institute, Houston) und Robert Manning (Council on Foreign Relations).⁴³ Auch Abraham Becker, einer der klassischen amerikanischen Analytiker der Entwicklung im (post-) sowjetischen Raum, hat Bedenken bezüglich des Erfolgs der Wirksamkeit amerikanischer Politik in diesem Raum ausgedrückt.⁴⁴ Tatsächlich hat die Politik der Clinton-Administration in der Region seit 1994 – davor schenkte sie diesem »Nahen Ausland« Rußlands kaum Aufmerksamkeit – vor allem zwei Ziele verfolgt: die Isolierung Irans und als Folge der dadurch ausgelösten Politik die Unterstützung der Türkei in ihrem Bemühen um Anbindung und Einfluß in der kaspischen Region.⁴⁵ Die Isolierung Irans, die sich 1994 in Gestalt von amerikanischem Druck auf Kasachstan und Aserbaidschan äußerte, vereinbarte Ölpipelines nach Iran nicht zu bauen, führte zu der gerade auch für amerikanische Ölfirmen schmerzlichen Erkenntnis, daß Rußland praktisch ein Transportmonopol zugespielt wurde, welches bis 1997 durch Transportverweigerung ziemlich rigoros genutzt wurde. Erst langsam setzte sich in Rußland die Erkenntnis

⁴¹ Vgl. z.B. *U.S. Department of State*, *Caspian Region Energy Development Report*, Washington, D.C., April 1997, S. 1–2; Rosemarie *Forsythe*, *The Politics of Oil in the Caucasus and Central Asia*, Oxford: Oxford University Press, 1996 (*IJSS*, Adelpi Paper 300), S. 17–18.

⁴² Zbigniew *Brzezinski*, *The Grand Chessboard, American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, New York: Basic Books, 1997, S. xiv.

⁴³ Amy Myers *Jaffe*/Robert *Manning*, *The Myth of the Caspian Great Game: The Real Geopolitics of Energy*, in: *Survival*, 40 (Winter 1998/99), S. 112–129 (113).

⁴⁴ Abraham S. *Becker*, *Russia and Caspian Oil: Moscow Loses Control*, in: *Post-Soviet Affairs*, (2000) 2, S. 91–132.

⁴⁵ Eine genauere Beschreibung hierzu findet sich bei Friedemann *Müller*, *Zugang und Ressourcensicherung: Die USA und Zentralasien*, in: Peter *Rudolf*/Jürgen *Wilzewski* (Hg.), *Weltmacht ohne Gegner – Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Baden-Baden: Nomos-Verlag, 2000, S. 197–216.

durch, daß mit der Dienstleistung des Öltransports mehr Geld zu verdienen ist, als durch das vorübergehende Ausschalten eines Konkurrenten.

Inzwischen hatten die USA jedoch mit großem diplomatischem Engagement, einschließlich der Berufung eines Sonderbotschafters für die Region, die Route über Georgien und die Türkei als Haupttransportlinie für kaspisches Öl bestimmt. Um den Mangel an Wirtschaftlichkeit dieser Route zu minimieren, sollte auch Öl vom Ostufer des Kaspischen Meeres zum Ausgangspunkt der Hauptexportpipeline nach Baku transportiert werden. Hierfür sollte trotz des unklaren Rechtsstatus des Kaspischen Meeres und der ökologischen Bedenken eine transkaspische Pipeline gebaut werden. Gewissermaßen um entsprechende, nicht unberechtigte Bedenken abzubauen, sollte zunächst eine transkaspische Gaspipeline gebaut werden, die zwar ebenfalls nicht wirtschaftlich wettbewerbsfähig ist, die aber verhindern sollte, daß turkmenisches Gas via Iran in die Türkei geleitet wird.

Die massive amerikanische Einflußnahme auf den Pipelinebau in der Region geschah in den 90er Jahren zu einer Zeit, als man von einem bis heute bestehenden, allerdings durch die künstliche Verknappung seitens der OPEC nunmehr anders betrachteten Ölüberfluß ausging. Nichts spricht dafür, daß den USA an der Macht über die kaspischen Ressourcen gelegen war oder ist, allenfalls teilte die US-Regierung das europäische Interesse, daß angesichts der am Golf lagernden 64% der Weltölreserven und des wachsenden Anteils der Golfstaaten an der Weltölversorgung nicht noch mehr Öl durch die Straße von Hormusz geleitet werden sollte. Unter der Voraussetzung, daß zwei Bedingungen erfüllt werden, nämlich eine langsame innere Liberalisierung in Iran und eine Annäherung der Türkei an Europa aufgrund des Kandidatenstatus für die EU-Mitgliedschaft, ist durchaus möglich, daß sich die neue US-Administration aus der Einflußnahme auf die großen Transportwege in der kaspischen Region weitgehend zurückzieht, weil die Region für die USA nicht lebenswichtig ist und sich die US-Politik in Widersprüche verstrickte, hat sie doch weder den Aufbau marktwirtschaftlicher Wettbewerbsstrukturen gefördert noch die in der Region agierenden US-Ölfirmen unterstützt. Die amerikanischen Ölunternehmen würden einen solchen Rückzug der Politik, insbesondere eine Aufhebung der Iran-Sanktionen begrüßen. Die potentiellen Berater einer neuen Außenpolitik gehen

eher auf Distanz zur Politik der 90er Jahre, die nach Ansicht vieler mehr Kollateral-Schäden ausgelöst als substantielle Gewinne eingefahren hat.

Die *Europäische Union* hat sich in der Region einen guten Ruf als größter Geber für Entwicklungsprojekte und als Förderer einer regionalen Kooperation aufgebaut.⁴⁶ Insbesondere das Programm Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia (TRACECA), das langfristig eine Transport- und Verkehrsinfrastruktur mit klarer Ost-West-Ausrichtung entwickeln soll und damit auch ein politisches Signal setzt, wurde von den Staaten der Region positiv aufgenommen. Es flankiert die Bemühungen um das Wiederaufleben des Seidenstraßen-Mythos, aber auch konkret die Verbindung der Staaten, die sich in dem GUUAM-Verband⁴⁷ zusammengefunden haben. Anders als mit den südlich angrenzenden Staaten des Mittleren Ostens ist die EU mit der kaspisch-kaukasischen Region auch über Europa-spezifische Abkommen verbunden. Dazu gehören die Mitgliedschaft in der OSZE, die Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, die mit den süd-kaukasischen Staaten am 1. Juli 1999 in Kraft getreten sind und mit den zentralasiatischen Staaten verhandelt wurden, sowie der Energiecharta-vertrag, der 1998 in Kraft getreten ist und an dem bisher nur OSZE- und OECD-Staaten teilhaben. Er stellt ein Rahmenabkommen für die internationale Zusammenarbeit im Energiebereich (Erschließung und Transport) dar. Alle genannten Kooperationsformen enthalten nützliche Voraussetzungen für eine Einbindung dieser Staaten in einer globalen Wirtschaftsordnung. Sie geben jedoch der EU wenig politisches Profil. Im Gegensatz zu den USA hat die EU keinen Einfluß auf die Pipeline-Entscheidungen genommen, obwohl Europa von der Infrastruktur-entwicklung an seiner Peripherie konkret betroffen ist.

Rußland hat im Verlauf der 90er Jahre einen substantiellen Lernprozeß durchlaufen. Es ist Schritt für Schritt von seiner Position abgewichen, den Rechtsstatus des Kaspischen Meeres als eines gemeinsam zu verwaltenden Territoriums zu definieren, den es, notfalls mit militärischen Mitteln,

⁴⁶ Friedemann *Müller*, Energy Development and Transportation Network – Cooperation in Central Asia and the South Caucasus, in: Renata *Dwan*/Oleksandr *Pavliuk* (Hg.), Building Security in the New States of Eurasia, New York: M.E. Sharpe, 2000, S. 177–200.

⁴⁷ Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldova.

zu verteidigen noch 1994 in einem Memorandum an die Vereinten Nationen androhte. Selbst den mit vier der fünf Anrainer 1997 in Asgabat erzielten und am Veto Aserbaidschans gescheiterten Kompromiß hat es nicht durchgefochten. Inzwischen ist die von Aserbaidschan geforderte sektorale Aufteilung des ganzen Meeres jedenfalls bezüglich der Bodenschätze akzeptiert, nun geht es noch um das Wassermanagement. Rußland und Kasachstan wollen eine neue Initiative für einen Konsens finden. Hier spielen Umweltfragen ebenso eine Rolle wie die des Rechts auf die Verlegung von Pipelines. Vieles deutet darauf hin, daß längerfristig eine Konsenslösung gefunden werden kann, ohne daß sich eine Macht mit Dominanzansprüchen durchsetzt. Denn inzwischen sind in allen nationalen Off-shore-Sektoren signifikante Ölreserven gefunden worden und das Interesse an eindeutigen und gemeinsamen Erschließungsbedingungen ist gewachsen. Rußland hat auch seine bis 1997 wirksame Blockadepolitik gegenüber dem Transport kasachischen Öls und turkmenischen Erdgases graduell aufgegeben. Mit der Überführung der im kaspischen Raum längsten und in ihrer Kapazität größten Pipeline – von Tengiz, Kasachstan, nach Novorossiisk (CPC-Pipeline, Fertigstellung 2001) – in ein Konsortium mit privater internationaler Beteiligung ist Rußland über Schatten der eigenen Vergangenheit gesprungen, wie es dies zum Beispiel im Agrarsektor noch nicht geschafft hat.

Das Verhalten der äußeren Mächte beinhaltet durchaus Elemente von Positionskämpfen, die Mitte der 90er Jahre mehr als heute Nullsummenspiel-Charakter hatten. Der Vergleich mit dem »Great Game« war dennoch insofern nicht angebracht, als der Einsatz militärischer Stärke im kaspischen Raum, anders als bei Auseinandersetzungen wie dem Nagorno-Karabach-Konflikt keine Rolle spielt, auch wenn Aserbaidschan gerne den Schutz der NATO ins Land ziehen würde. Die USA haben nie erwogen, ihre Interessen mit militärischen Mitteln zu bekräftigen oder durchzusetzen. Das wirklich neue Element gegenüber dem 19. Jahrhundert ist jedoch die Beteiligung eines neuen Spielertyps, mit dem die Globalisierung auch in dieser Region Einzug hält. Es handelt sich um die *internationalen Investoren*, die nicht nur allein über das Potential zur Erschließung der Ressourcen verfügen, sondern inzwischen die Staaten auch bei der Finanzierung der Transportinfrastruktur abgelöst haben. Alle Entscheidungen über Infrastruktur-

maßnahmen können nur im Einvernehmen mit den Investoren getroffen werden. Deshalb konnte sich die mächtige Koalition der Regierungen der USA, der Türkei, Aserbaidschans und Georgiens trotz jahrelangem Bemühen immer noch nicht bezüglich des Baus der Pipeline von Baku nach Ceyhan durchsetzen, und deshalb mußte Rußland zustimmen, daß ein internationales Konsortium einschließlich privater westlicher Firmen den Bau der CPC-Pipeline auf russischem Territorium durchführt. Die Investoren agieren nicht nur vorwiegend nach wirtschaftlichen und damit anderen als geopolitischen Interessen, sie haben auch für alle wichtigen Erschließungsprojekte Konsortien gegründet, an denen in der Regel amerikanische, europäische, russische, teilweise auch türkische und japanische Firmen beteiligt sind. Diese Konsortienbildung geschieht insbesondere in der Absicht, sich einseitigem nationalem Druck unter Verweis auf die Mehrheitsverhältnisse im Konsortium entziehen zu können. Selbst wenn die Erdölpipeline zugunsten der türkischen Option zum Zuge kommt, so wird doch längerfristig eine Pipelineverbindung zu dem iranischen Netz aus wirtschaftlichen Gründen zustande kommen. Damit wären dann die kaspische und die Golfregion in dem kritischen Ölsektor verbunden. Für den Erdgassektor trifft dies seit 1997 bereits insofern zu, als eine Pipeline, allerdings mit bisher geringer Kapazität, von Turkmenistan nach Iran eröffnet wurde. Schon allein die Türkei, die beim Öltransport ganz auf der Seite der USA steht, trägt ihren Teil dazu bei, daß eine Vernetzung mit beiden, Turkmenistan und Iran, aber auch mit Aserbaidschan zustande kommt. Unwahrscheinlich ist, daß die von der US-Regierung favorisierte transkaspische Pipeline, den Bau der vertraglich vereinbarten Leitung von Iran in die Türkei verhindern kann.

Für die Produzentenländer gilt gleichermaßen wie für die äußeren Mächte: Wer die neuen Spielregeln im Zeitalter der Globalisierung negiert und die reale Machtverteilung nicht erkennt, hat keine Chance, seine Interessen erfolgreich wahrzunehmen. Dies haben Rußland und die USA gleichermaßen erkennen müssen. Das bedeutet allerdings nicht, daß inzwischen überall die Kräfte der Globalisierung am Werk sind. Die vielen regionalen Konflikte im Kaukasus zeigen, daß zum Schaden der Entwicklung in der Region ein Eindringen der Globalisierungskräfte dort weitgehend verhindert wird, wodurch Stabilisierung und Anbindung der

Region an europäische Entwicklungsprozesse erschwert werden. Das Verständnis dieser spezifischen Konstellation ist eine wichtige Voraussetzung für ihre Überwindung.

Europäische Interessen

Der Raum, der die Region des Persischen Golfs, des Kaspischen Meeres und des Kaukasus umfaßt, vernetzt sich und wächst zusammen. Dies ist zum Teil Folge des europäischen Interesses – vor allem wenn es um die Transportrouten kaspischer Energie durch die südkaukasische Region geht –, zum andern Teil Folge der Globalisierung, die wirtschaftliche Effizienz gegenüber geopolitischen Interessen stärker gewichtet. Damit ist vor allem die längerfristig unvermeidbare Verknüpfung des iranischen mit dem kaspischen Pipelinetz gemeint. Da in der Gesamtregion zwei Drittel aller Weltölreserven und annähernd 40% aller Erdgasreserven konzentriert sind, ist die Bezeichnung eines strategischen Interesses nicht zu hoch gegriffen und der Begriff der strategischen Ellipse nicht unpassend gewählt.

Der Tatbestand, daß die Golfregion bereits 1998 wieder den Weltmarktanteil von 26% bei der Ölversorgung erreicht hat, den sie auf dem Höhepunkt ihrer Macht in den 70er Jahren hielt, und daß dieser Anteil angesichts der Ressourcenverteilung weiter drastisch ansteigen wird, begründet, daß die Frage der Versorgungssicherheit nicht wie seit Mitte der 80er Jahre, als der Anteil auf 11% abgesackt war, einem funktionierenden globalen Wettbewerb überlassen bleiben kann. Vielmehr befindet sich die OPEC (ca. 80% der OPEC-Ölreserven sind bei den Golfstaaten konzentriert) seit März 1999 wieder in der komfortablen Position, daß sie den Ölpreis über Mengengrenzungen steuern und durch weniger Produktion mehr Einnahmen erzielen kann. Anders als in den 70er Jahren, als in den westlichen Industrieländern ein Strukturwandel, begleitet von der Erschließung eigener Ressourcen, in Angriff genommen wurde, erscheint die Möglichkeit erschöpft, innerhalb der OECD Produktionssteigerungen bei Öl zu erzielen. Die Wiederherstellung eines funktionierenden globalen Energiemarktes kann nicht mehr in nennenswerter Weise durch Diversifizierung der Bezugsquellen erfolgen. Deshalb sollte zumindest verhindert werden, daß sich das Kartell ausbreitet. Eine lang-

fristige Ölmarktpolitik sollte sich an folgenden Optionen orientieren:

- zunehmende Substitution des Öls durch Erdgas, bei dem die europäische Marktposition günstigere Voraussetzungen bietet;
- Entwicklung politischer und infrastruktureller Voraussetzungen zur Begrenzung der Marktposition der Golf-OPEC mit der Straße von Hormuz als einzigem Transportweg;
- Energieeinsparung bzw. Substitution fossiler durch nichtfossile Energieträger.

Die ersten beiden Punkte sind eng mit der Entwicklung einer europäischen Strategie gegenüber dem Raum der strategischen Ellipse verbunden. Tabelle 7 macht deutlich, daß es zu einer infrastrukturellen Anbindung des kaspischen Raumes und des Mittleren Ostens an das europäische Erdgasnetz keine Alternative gibt. Europas Nachfrage nach Erdgasimporten nimmt zu und soll im Zuge der Substitution des Öls weiter wachsen, und das Wachstum des Angebots befindet sich vor allem im Raum des Mittleren Ostens und der Transformationsländer, in geringerem Maße auch in Afrika. Umgekehrt gibt es in wirtschaftlicher Reichweite beider Regionen keine entsprechende Nachfrage außer in Europa. Insofern sind günstige Voraussetzungen gegeben, Iran als ein wichtiges OPEC-Land aus Eigeninteresse, das heißt nicht wie beim Öl über eine asymmetrische Abhängigkeit, mit Europa zu vernetzen. Die Vernetzung im Erdgasbereich ist ein genuin europäisches und wegen der räumlichen Distanz kein amerikanisches Problem. Europa sollte sich deshalb dieser Infrastrukturfrage annehmen und sich nicht hinter den USA verstecken. Bei Erdgas kann die Türkei viel besser als bei Öl neben der eigenen Nachfrage auch eine wichtige Transitfunktion übernehmen. Dies würde der Türkei nicht nur Transitgebühren einbringen, sondern auch ihre Versorgungssicherheit verbessern, die derzeit durch eine einseitige Abhängigkeit von Rußland geprägt ist.

Der zweite Strategieansatz, nämlich die Schaffung politischer und infrastruktureller Voraussetzungen zur Begrenzung der OPEC-Marktmacht, erweist sich vergleichsweise als komplexer. Hier geht es zum einen darum, die Pipelineinfrastruktur zu schaffen, die einen wirtschaftlichen Transport des Öls vom Kaspischen Meer nach Europa ermöglicht, es geht aber auch darum, die Region so zu stabilisieren, daß die Ölproduktion und die Transportwege als verläßlich angesehen werden können.

Schließlich geht es darum, der Region eine Perspektive anzubieten, die attraktiver ist, als in den Kartellverbund der OPEC einzutreten. Um diese Ziele zu erreichen, muß Europa der Region eine Anbindung in Aussicht stellen. Wichtige erste Schritte sind mit dem Energiechartavertrag gemacht worden, aber auch mit der erfolgten (Georgien) oder unter Konditionen möglichen Mitgliedschaft im Europarat. Vor allem aber sollte Europa größere Verantwortung bei der Stabilisierung und Entwicklung der Region übernehmen. Dies sollte soweit möglich in Kooperation mit Rußland und, sofern dies die innere Entwicklung zuläßt, auch mit Iran geschehen. Insbesondere die Kaukasus-Konflikte (siehe oben, S. 13ff) sollten auf der Agenda zwischen der EU und ihren Nationalstaaten einerseits und Rußland andererseits mehr Gewicht bekommen. Es ist an der Zeit, die Fiktion eines post-imperialen Machtspiels, bei dem Europa über keine Karten verfügt, abzulegen und sich bewußt zu werden, daß Europa in diesem dynamischen und sich mit der wichtigen Golfregion vernetzenden Raum seine Interessen identifiziert und eine entsprechende, langfristig angelegte Strategie entwickelt.

Folgt man dieser Argumentation, so stellt sich der Zusammenhang zwischen Konfliktkonstellationen und Sicherheit der Transportrouten im Kaukasus anders dar als in gängiger Weise angenommen. Nicht die Frage, ob die Konflikte eine Gefahr für die Transportsicherheit darstellen, sollte im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die, ob sich aus dem festen Willen Europas, sich den Zugang zu den Ressourcen der neu vernetzten Region östlich und südlich des Kaukasus zu sichern, ein Anreiz für die Konfliktlösungen ergibt. So offensichtlich es ist, daß die historisch tiefen Wurzeln der Konflikte eine Lösung nur in historischen Zeiträumen, die in Generationen zu messen sind, zulassen, so klar ist auch und kann in der Region vor Augen geführt werden, daß im Zeitalter der Globalisierung Wohlstand und internationale Wettbewerbsfähigkeit nur möglich sind, wenn regionale Kooperation, Rechtsstaatlichkeit, Investitionsfreundlichkeit und Übernahme internationaler Standards akzeptiert werden, die mit der gewaltsamen Austragung ethnoterritorialer Konflikte nicht kompatibel sind. Es gibt Hoffnung, daß die heranwachsenden Eliten dieses Verständnis verinnerlichen. Hierzu kann Europa mehr beitragen, als bisher getan wurde. Es bedarf in der europäischen Politik des Bewußtseins,

daß Europa nicht nur Interessen in der Region hat, sondern auch über zeitgemäße Instrumente zu ihrer Wahrnehmung verfügt.

Abkürzungen

BSP	Bruttosozialprodukt
CEPS	Centre for European Policy Studies
EU	Europäische Union
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GUUAM	Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan, Moldova
IEA	International Energy Agency
INOGATE	Interstate Oil and Gas Transport to Europe
LNG	Liquified Natural Gas
NRO	Nichtregierungsorganisation
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
TOP	Take or Pay
TRACECA	Transport Corridor Europe–Caucasus–Central Asia
VAE	Vereinigte Arabische Emirate